Nr. 175. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 30. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Parforcemärsche.

Ein militärischer Fachmann schreibt uns:

In Nr. 168 des „Vorwärts" war die Mitteilung zu lesen, daß der „Bielefelder General-Anzeiger" von übermenschlichen Anstrengungen berichte, denen das Reserve-Infanterieregiment Nr. 55 im Truppenlager bei Paderborn ausgesetzt worden sei. An einem Tage soll der Dienst von nachts 1 Uhr bis mittags 12 Uhr gedauert haben, an einem andern wurde ein sehr anstrengender Marsch schon um 2½ Uhr morgens begonnen.

Wer die allerneueste, seit ungefähr acht Jahren beliebte Ausbildungsmethode der deutschen Armee kennt, wird den Inhalt dieser Mitteilungen für richtig halten, denn den Beginn der Märsche in die Nacht oder wenigstens auf den frühesten Morgen zu verlegen, ist allmählich sehr beliebt geworden, ganz im Gegensatz zu der Vergangenheit, wo man vom frühzeitigen Abmarschieren nicht viel hielt. Das frühe Aufbrechen bietet ja einen gewissen Vorteil insofern, als es wenigstens bei nicht zu langen Märschen ein Vermeiden der Mittagshitze gestattet. Aber diesem Vorteil stehen schwere Nachteile gegenüber. Man braucht nur die Lage der Mannschaften und Unteroffiziere bei sehr frühen Abmarschzeiten zu kennen, um dies sofort einzusehen. Gesetzt, ein Infanterie-Regiment ist um 3 Uhr morgens zum Abmarsch bereit, so stehen die Bataillone um 2 Uhr 45 Minuten, die Compagnien spätestens um 2 Uhr 35 Minuten marschbereit. Die Korporalschaften stellen sich um ungefähr 2 Uhr 20 Minuten auf, und die Mannschaften und Unteroffiziere gehen schon um 2 Uhr daran, sich auszurüsten. (Tornister aufnehmen, Patronentaschen umschnallen rc.) Da sie sich vorher ankleiden, die Betten machen, frühstücken, oder im Bivouak das Frühstück kochen müssen, so müssen die Leute mindestens um 1 Uhr aufstehen. Was bleibt ihnen da für eine Nachtruhe? Auf dem Papier kann man ihnen allerdings eine ziemlich auskömmliche gewähren, indem man z. B. befiehlt, daß die Kantinen schon um 8 Uhr abends zu schließen seien, die Unteroffiziere und Mannschaften sich um die gleiche Zeit niederzulegen und sich ruhig zu verhalten haben. Leider aber können Sie deswegen noch lange nicht schlafen, dieweilen die Natur sich sogar im wohlgedrillten deutschen Reiche nicht kommandieren läßt.

Die ganze Situation ist auch gar nicht zum Schlafen angethan. Da Märsche mit frühen Aufbruchszeiten nur im Sommer stattfinden, so ist es um die Zeit, wo die Mannschaften schlafen sollen, noch hell, außerdem zumeist sehr warm. So wird sich der Mann ein bis zwei Stunden schlaflos auf seinem Lager herumwälzen und gewöhnlich erst gegen 10 Uhr zum Einschlafen kommen. Nach drei Stunden aber wird er schon wieder geweckt, trotzdem ihm ein äußerst beschwerlicher Tag bevorsteht. Die Folge ist, daß der Mann den Marsch überhaupt nicht mit frischen Kräften antritt und von vornherein nicht vollkommen leistungsfähig ist. Demgegenüber aber ist der Vorteil, daß man bei nicht zu langen Märschen die größte Tageshitze wenigstens teilweise vermeiden kann — ganz wird es bei den heutigen Dauermärschen nur selten möglich sein —, zu gering. Der Mann, der eine hinreichende Nachtruhe hatte, wird, ein vernünftiges Marschieren vorausgesetzt, die Mittagshitze überwinden, während ein Mann, der in der Nacht nur ein paar Stunden geschlafen hat, sehr leicht schon der Hochsommer-Temperatur, wie sie an schönen Tagen um 10 Uhr morgens herrscht, zum Opfer fällt.

Dazu ist zu bedenken, daß die Schießleistungen von Leuten, die fast die ganze Nacht durchwachen mußten, nicht gut sein können, da das Auge unter dem Mangel an Schlaf sehr leidet. Im Frieden ist dies freilich belanglos, aber im Kriege wird es in die Wagschale fallen. Der Anfang des Boerenkriegs hat ja gezeigt, wie unendlich wichtig das Präzisionsschießen heutzutage im Felde ist und was man mit gutem und genauem Schießen auch auf größeren Entfernungen erreichen kann. Wie soll aber ein Mann, dessen Augen brennen und dessen Sehkraft momentan sehr herabgesetzt ist, genau schießen? Namentlich auf größere Entfernungen wird ihm dies unmöglich sein. So büßt der Mann durch das frühe Aufstehen in jeder Beziehung an seiner Leistungsfähigkeit ein, was ja auch ganz selbstverständlich ist.

Früher sah man dies, wie eingangs erwähnt, auch ein und daher waren bis zu Beginn der 90er Jahre so frühe Abmarschzeiten eine Seltenheit. Aber nachdem inzwischen die Ueberschneidigkeit Trumpf geworden ist, hat sich auch das geändert. Man glaubt jetzt überhaupt, daß im Frieden von den Soldaten gar nicht genug verlangt werden könne. So galten z. B. früher 22 Kilometer als durchschnittliche tägliche Marschleistung der Infanterie; jetzt aber soll der Fußsoldat im Tage 40 Kilometer auf längere Zeit hindurch zurücklegen können. Im Frieden läßt sich so etwas aus den Mannschaften allenfalls herausholen, wenn auch nicht selten auf Kosten ihres Gesundheitszustandes. Daran aber, daß solche Leistungen auch im Kriege möglich sind, ist gar nicht zu denken. Im Frieden hat der Mann seine regelmäßige Verpflegung, es ist auch die Kantine stets im Kantonnement oder am Biwakplatz, so daß er sich, das nötige Kleingeld vorausgesetzt, Erfrischungen kaufen kann. Dazu sind die Gefechte nur Schein. Im Kriege aber muß der Soldat harte Entbehrungen ertragen und außerdem ist er in steter Lebensgefahr. Besonders sind die Eindrücke des modernen Gefechtes infolge der durch das rauchlose Pulver verursachten „Unsichtbarkeit" des Gegners tief erschütternd. Dies alles setzt natürlich die Leistungsfähigkeit des Mannes sehr herab.

Allerdings scheint man sich in der deutschen Armee der Illusion hinzugeben, daß dies nicht der Fall sei und zwar stützt man sich hierbei auf die Erfahrungen des Chinazuges, wo die deutschen Truppen große Marschleistungen zu verzeichnen hatten. Es ist hier schwer ernst zu bleiben, denn der Versuch, den Khakizug als wirklichen Krieg ansehen zu wollen, reizt die Lachmuskeln. Ein Vergleich der deutschen und chinesischen Verluste lehrt zur Genüge, daß „die Kämpfe" in China eigentlich nur Treibjagden auf die Chinesen waren. Und ferner bestand das deutsche Expeditionscorps nur aus aktiven Mannschaften und etlichen durchwegs gesunden Reservisten, während in einem europäischen Krieg das deutsche mobile Heer sich zum überwiegenden Teil aus Landwehrleuten und Reservisten zusammensetzt, von denen natürlich viele nicht mehr so beweglich und widerstandsfähig sind, wie die tropendienstauglichen Chinakrieger es waren.

Es kann also trotz der Erfahrungen des Chinazuges keinem Zweifel unterliegen, daß die seit einigen Jahren beliebte Ueberanstrengung der deutschen Truppen für den Krieg wertlos ist, im Gegenteil den Führern nur falsche Vorstellungen über das, was sie im Kriege von ihren Untergebenen verlangen können, beibringen müssen. Daher müßte eigentlich erwartet werden, daß im Reichstag endlich einmal, auch von andren Parteien als der Socialdemokratie, ein energischer Protest gegen die jetzige Praxis erhoben würde. Vor allem hätten jene bürgerlichen Parteien, die angeblich das Interesse der Bauern vertreten, alle Ursache, hier Besserung zu fordern. Aber diese Herrschaften haben wichtigere Dinge zu thun. Das Centrum z. B. muß Flottenvorlagen bewilligen und der Bund der Landwirte sowie die Herren Junker müssen den Bauer für den Brotwucher einfangen. Da bleibt für so Kleinigkeiten, wie der Schutz der in der Kaserne steckenden Bauernsöhne es ist, keine Zeit. Außerdem würde ein solches Vorgehen die hohe Obrigkeit verschnupfen und so etwas vermeidet ein richtiger „Volksvertreter".

* * *

Unter Berufung auf den Berichtigungsparagraphen 11 werden wir um Aufnahme folgender Bestätigung ersucht:

„Die Uebungszeit des Reserve-Regiments, welches sich aus Reservisten und Wehrleuten in der Vollkraft der Jahre zusammensetzte, war zwar eine anstrengende, stellte aber keinesfalls ungebührliche Anforderungen an die Mannschaften. Im besonderen war eine Erprobung der körperlichen Leistungsfähigkeit der letzteren weder beabsichtigt, noch hat dieselbe stattgefunden. Zu der bei der Uebung verfolgten kriegsmäßigen Ausbildung gehörte in erster Linie Wiederherstellung der Marschfähigkeit. Es wurden täglich Marschübungen abgehalten, wobei die Anforderungen, von geringen Entfernungen beginnend, allmählich bis zu 28 Kilometer gesteigert worden sind. Massenerkrankungen, wie sie die Zeitungsnotiz anführt, sind während der Uebung nicht vorgekommen, ebenso wenig ein Todesfall. Am 16. Juli starb ein Mann an Lungenentzündung, welcher unmittelbar nach dem Zusammentritt des Regiments in das Lazarett Paderborn aufgenommen worden war. An einem Tage traten Durchfallerscheinungen in größerem Umfange auf, welche die Leistungen vieler Leute herabminderten. Sie waren jedoch eine Folge der Witterungsverhältnisse und nicht übermäßiger Anstrengungen.

Am 14. Juli wurde das Regiment besichtigt. Der Krankenbestand an diesem Tage war nicht größer, als bei Linien-Truppenteilen in der Zeit der größeren Uebungen. Da ein heißer Tag zu erwarten war, wurde frühzeitig (3^{30} morgens) ausgerückt; infolge der später eintretenden Hitze blieb beim Anmarsch zum Gefecht und demnächst beim Marsch zum Abkochen eine Anzahl von Leuten liegen. Dieselben wurden auf Wagen, welche auf Befehl des Generalkommandos zur Stelle waren, nach dem Lager geschafft. Ernste Erkrankungen sind nicht vorgekommen. Das Schießen begann nicht 1½, sondern nur ½ Stunde später, und zwar weil die Mannschaften mit Essen noch nicht fertig waren. Der Aufschub war demnach nicht durch Rücksichten auf die erkrankten Mannschaften begründet, welche bedeutend früher die Truppe beziehungsweise das Lager erreicht hatten."

Der kommandierende General.
Frhr. von Bissing.

Bemerkung der Red. Die Berichtigung unterscheidet sich im wesentlichen nur dadurch von den Schilderungen der westfälischen Blätter, daß sie unbestimmte Zahlenangaben — „eine Anzahl" — statt der genauen Ziffern giebt. Der eine Todesfall soll nicht auf die Marschübungen zurückzuführen sein; es wird versichert — woran niemand gezweifelt hat — daß die besten Absichten bei der Leitung obgewaltet hätten; der Abmarsch am 14. Juli wird um eine Stunde später angegeben und die Verzögerung der Schießübungen soll eine halbe, nicht 1½ Stunden gedauert haben; das Schlappwerden wird an einem Tage auf die Witterungsverhältnisse und Durchfall zurückgeführt. Das sind aber alles kleine Abweichungen, die nichts an dem Gesamteindruck ändern, daß hier wieder einmal Marschübungen vorgenommen wurden, wie sie oben von einem Sachverständigen kritisiert worden sind. Nicht bestritten wird, daß an einem Tage der Dienst von nachts 1 Uhr bis mittags 12 Uhr und nach einer nur teilweise zum Ruhen ausgenützten Mittagspause von 3½—6 Uhr gedauert hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli.

Mogeleins!

Der Kuhhandel zwischen den Mehrheitsparteien über Annahme des Zolltarifs ist fertig. Das ging klar aus der Debatte und der Abstimmung über den Roheisen-Zoll hervor. „Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gieb" war das Motto der Reden der Mehrheitsparteien, mit dem sie dem die Landwirtschaft und die Eisen verarbeitenden Industrien mit ihren mehr als einer Million Arbeitern schwer schädigenden Roheisen-Zoll zustimmten. Im Mai 1873 beantragten die konservativen Abgeordneten Graf v. Behr, v. Below-Saleske, v. Wedell-Malchow, Graf Dohna, Freiherr v. Frankenberg, v. Minnigerode im Verein mit Abgeordneten andrer Parteien, insbesondere mit dem Centrums-Abgeordneten Windthorst: Aufhebung des Eisenzolles im Interesse der Landwirtschaft. v. Behr führte damals aus: „So lange ein deutsches Schiff unsre Ostsee befährt, so lange wir in den Provinzen an der Ostsee, wo wir kein Eisen herausgraben, sondern sehr viel Eisen hineingraben müssen, um eine Ernte zu haben, so lange dort der Landmann seinen Boden zu bestellen haben wird, so lange werden wir (die Konservativen) das freie Eisen verlangen. . . Nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß mir nichts ferner liegt, als Ihnen die Notwendigkeit der Aufhebung der Eisenzölle beweisen zu wollen. Axiome beweist man nicht. Ich meine, daß der Satz „das Eisen muß zollfrei sein" in den weitesten Kreisen des Vaterlandes ein Axiom geworden ist." So der konservative Abgeordnete im Jahre 1873 gegen den 50 Pfennig-Eisenzoll. Aehnlich v. Mallinckrodt und Windthorst vom Centrum. Heute Centrum und Konservative fast geschlossen für den 1 Mark-Eisenzoll.

Woher dieser Umschwung? Nicht aus sachlichen Gründen, sondern lediglich aus dem Bestreben, in den kapitalkräftigen Roheisenleuten Bundesgenossen für die zu Gunsten der Großgrundbesitzer erstrebten Getreidezölle zu erhalten. Die Versuche, sachliche Gründe für einen Zoll anzuführen, mißlangen kläglich. Da erklärte denn Graf von Kanitz nach einem mißglückten Versuch, die geographischen Verhältnisse Kanadas zu revolutionieren, schlankweg: ich stimme heute für den Eisenzoll, in der Hoffnung, daß auch das Getreide einen hohen Schutzzoll erhält — wie ich später stimmen werde, mache ich von der Gestaltung der Getreidezölle abhängig. Die umgekehrte Methode Kuhhändlerei eignete der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Dr. Hahn, sich an: Ich stimme heute gegen die Eisenzölle und werde, falls die Eisenleute uns Getreidezölle in hinreichender Höhe bewilligt haben werden, für den Eisenzoll stimmen, war sein Votum. Dem Wortführer der Mehrheit des Centrums, Abg. Herold, war es vorbehalten, sogar die gemeingefährlichsten Folgen des Kartells gutzuheißen, um die Großindustriellen für die Getreidezölle zu bewegen.

Flugs wurde dann Schluß der Debatte beantragt. Vorher war als möglicher Beschluß der Mehrheitskommission angedeutet, in zweiter Lesung nur noch die Punkte zur Lesung zu bringen, in denen ein Kuhhandel noch mit den Regierungen zu schließen ist. Hoffentlich wird im Plenum den Kuhhändlern klar gemacht werden, daß die Mehrheit des Volkes, die hinter der Opposition gegen den Wuchertarif steht, es sich nicht gefallen läßt, aus ihrer Haut Riemen zu Gunsten einer kleinen Zahl Ausbeuter zu scheiden. Die Klassenkampfnatur des Zolltarifs kann sich besser als in dieser unverhüllten Schacherei und Wucherei der Mehrheitsparteien kaum offenbaren.

Englands auswärtige Beziehungen.

London, 26. Juli. (Eig. Ber.)

Die öffentlichen Auseinandersetzungen über auswärtige Politik drehen sich hauptsächlich um Italien. Seit der parlamentarischen Debatte vom 3. d. M. über den Antrag Dilkes auf einen Abstrich im auswärtigen Etat steht das Verhältnis zu Italien im Vordergrunde der politischen Betrachtungen. Man hält hier offenbar die Lage um das Mittelmeer für viel unsicherer als den fernen Osten. Das Bündnis mit Japan, die Uebereinstimmung mit den Vereinigten Staaten geben der englischen Diplomatie eine gewisse Garantie gegen akute Krisen. Japans Einfluß in China ist im Wachsen begriffen, und die Wirkungen des europäischen Hunnenzuges gegen die gelbe Rasse werden nur kapitalistische sein, zu kolonialen Gründungen wird es dort nicht kommen.

Dagegen ist man in England um den status quo im nahen Osten und in Ostafrika ziemlich besorgt. Trotzdem ist eine planmäßige und voraussehende auswärtige Politik hier nicht zu entdecken. Der bloße Grundsatz der Erhaltung des status quo kann durchaus nicht genügen. Es ist wohl begreiflich, daß England bei seiner beispiellosen kolonialen Ausdehnung den Stillstand der Weltgeschichte wünscht. Es wird hier allgemein angenommen, daß der südafrikanische Feldzug der letzte britische Eroberungszug, oder wie John Burns mir neulich im Unterhause sagte: the last steal (der letzte Diebstahl) gewesen sei. Jetzt halte es zusammenzufassen und zu organisieren. Allein der bloße Friedenswunsch Englands kann einer Störung des status quo nicht vorbeugen. Denn im Momente, wo England die Grenze seiner imperialen Ausdehnung erreicht hat, gehen andre Mächte daran, Kolonialreiche zu gründen oder abzurunden.

In erster Reihe kommt im gegenwärtigen Augenblicke Italien in Betracht. Das einzige Motiv, das Italien in die Arme Englands und des Dreibundes führte, war die italienische Rivalität gegen Frankreich um den Besitz Nordafrikas. Es hat aber während der letzten zwanzig Jahre ruhig zusehen müssen, wie England auf Kosten Italiens an Frankreich Konzessionen machte. Auch sein Verhältnis zum Dreibunde war fruchtlos. Daß nun Italien seine auswärtige Politik revidiert und sich auf Frankreich stützen will, kann ihm nicht verargt werden. An der Seite Frankreichs hat es ohne Zweifel größere Vorteile zu erwarten. Die französische Politik arbeitet jetzt daran, die Führerschaft über die lateinischen Länder zu erlangen. Unter dem Schutze Rußlands wird Frankreich dieses langersehnte Ziel auch erreichen. England wird sich also gewöhnen müssen, das Mittelmeer als einen lateinischen See zu betrachten.

auf den Antrag der Abgeordneten Gibson Bowles und Dilkes, England möge sich an Spanien wenden, beeilte sich das „Journal des Débats“ England zu belehren, daß Spanien geistig und wirtschaftlich mit Frankreich verbunden sei. Daraus erklären sich die Anfragen im englischen Parlament über spanische Häfen und über die französischen und italienischen Flottenbewegungen in nordafrikanischen Häfen. Daraus erklärt sich ferner die plötzliche Freundschaft des britischen Kabinetts für Italien. Die offiziöse römische Presse beantwortet die Verbungen und Drohungen Lord Lansdownes, des Staatssekretärs des Aeußern, sehr kühl. Und England hat diese Behandlung redlich verdient. Es hatte im Jahre 1881 die beste Gelegenheit, dieselbe Rolle in den lateinischen Ländern zu übernehmen, die jetzt Rußland zufällt. Ohne Zweifel. Die Konsolidierung der lateinischen Rasse vollzieht sich unter dem Schutz der russischen Macht.

Italien läßt es bei seinem Uebereinkommen mit Frankreich in Bezug auf Nordafrika nicht bewenden. Es richtet seinen Blick auf Albanien und tritt deshalb als ein Faktor in der orientalischen Frage auf. Selbstredend wird es durch seine Anlehnung an Frankreich und damit auch an Rußland mehr erreichen als mit der unzuverlässigen Hilfe Englands. Italien ist also für England nicht mehr erreichbar. Aber auch nicht für Deutschland, trotz des berühmten Dreibundes.

England hat seit dem Jahre 1880 keine großangelegte auswärtige Politik mehr. —

* * *

Deutsches Reich.

An Rußland ausgeliefert

soll der russische Student, der im Myslowitzer Gefängnis sitzt, nun doch noch werden! Die Polizei hat nämlich „ermittelt“, daß er sich schon früher, als er noch in Warschau studierte, staatsfeindlicher Umtriebe schuldig gemacht und deshalb steckbrieflich verfolgt wird. Als sein Koffer an der Grenze revidiert wurde und der Gendarm auf die anarchistischen und nihilistischen Schriften stieß, **wurde aus dem russischen Grenzorte Modrzeow ein Kapitän der russischen Gendarmerie herbeigeholt,** welcher den Inhalt der Bücher untersuchte. Die „Schlesische Zeitung“ berichtet, der Student sitzt noch im Myslowitzer Gefängnis, dürfte aber an Rußland ausgeliefert werden.

Diese Schergendienste der preußischen Polizei für die russische Tyrannei sind unwürdig eines civilisierten Staates. Sie erinnern an die finstersten Zeiten der preußischen Geschichte. Kein Staat Europas, der auf Würde und Kultur Anspruch erhebt, würde sich in dieser Weise zum Helfershelfer des Zarismus erniedrigen.

Preußen aber hat den Ehrgeiz, Rußlands westliches Sibirien zu sein! —

Die falschen Sensationsmeldungen aus der Zollkommission stammen, wie wir nunmehr in Berichtigung unsrer früheren Mitteilung feststellen können, nicht von Dr. Böckel, sondern von dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Sagan. Von den socialdemokratischen Abgeordneten ist, wie wir wiederholen, niemand an diesem Unfug direkt oder indirekt beteiligt.

Es ist bedauerlich, daß die „Freisinnige Zeitung“, die sonst bei jeder unpassenden Gelegenheit uns anrempelt, in diesem Falle, wo wir wirklich einem Irrtum verfallen waren, nicht sofort Gelegenheit genommen hat, uns zu korrigieren. Sie hätte das um so eher thun können und müssen, als ihr der Abg. Müller-Sagan sehr nahe steht.

Nachdem aber jetzt festgestellt ist, daß es ein Freisinniger ist, der diese Wildenten hat aufsteigen lassen, wird das Coulissenspiel der freisinnigen Volkspartei mehr als pikant. Diese erfundenen Meldungen waren darauf berechnet, einmal durch Schreckschüsse (Geschäftsordnungsändern) auf die Durchpeitschung der Zollvorlage hinzuwirken, zweitens durch Aeußerungen über das Scheitern des Entwurfes den Kampf der Opposition zu erschlaffen. Die Nachrichten waren von dem freisinnigen Herrn also eigens erfunden, um die neueste unglaubliche Taktik der Volkspartei zu rechtfertigen, die darauf hinausläuft: die Kommissionsarbeiten schnell zum Abschluß zu bringen, weil der Entwurf ja doch an dem Gegensatz der verschiedenen Schutzzollinteressenten untereinander und zur Regierung scheitern müsse.

Wenn Herr Müller-Sagan Angestellter des Bundes der Landwirte oder des Centralverbandes deutscher Industrieller wäre, so hätte seine Berichterstatterphantasie keinen andren Flug zu nehmen brauchen, wie denn kein Blatt mit größerer Freude die Falschmeldungen aufnahm als die — „Deutsche Tageszeitung“. —

Der Prager „Steckbrief“ gegen Wilhelm II. kam am Montag im böhmischen Landtage zur Sprache. Der alldeutsche Abgeordnete Hofer protestierte gegen die perfide Beschimpfung des deutschen Kaisers. Seine Darstellung bestätigte die Angaben unsres Prager Partei-Organs, daß nicht bloß Dummheit den Streich ermöglicht hat: „Sechs Beamte haben das betreffende Aktenstück behandelt, und wenn ich es nicht voraussetzen muß und will, daß diese Herren an aufgelegtem Kretinismus leiden, muß man sagen, daß eine aufgelegte Böswilligkeit, daß die Absicht vorliegt.“

Von der Regierung scheint niemand geantwortet zu haben. —

Ausländische Proteste gegen den deutschen Zolltarif. Die Landesversammlung des norwegischen Steinhauer-Verbandes, die dieser Tage in Fredrikshald stattfand, hat ihr Bureau beauftragt, bei der norwegischen Regierung wegen des von der deutschen Zolltarif-Kommission vorgeschlagenen Zolles auf Pflastersteine vorstellig zu werden. Anknüpfend an den Beschluß sandte dann das Bureau der Versammlung der norwegischen Regierung folgende Erklärung:

„Aus diesem Anlaß erlauben wir uns die Regierung darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen der angekündigte deutsche Pflastersteinzoll für die norwegische Steinindustrie haben wird. Die Steinindustrie arbeitet gegenwärtig unter einem schweren Druck. Der Umsatz hat in letzter Zeit abgenommen, während die Konkurrenz schärfer als früher geworden ist, was einen starken Rückschlag auf den Arbeitslohn zur Folge hatte. Sollte nun in Deutschland Zoll auf Pflastersteine gelegt werden, so wäre das ein harter Schlag für die norwegische Steinindustrie. Eine dem Zollsatz entsprechende Reduktion der Arbeitslöhne ist eine Unmöglichkeit, da diese schon im Verhältnis zu den Preisen der Lebensbedürfnisse gering sind, und die Folgen eines Zollaufschlags würden eine größere Arbeitslosigkeit oder Auswanderung sein. — Es muß deshalb auf das bestimmteste verlangt werden, daß die norwegische Regierung Deutschland gegenüber in Bezug auf die drohende Zollerhöhung auf Pflastersteine den stärksten Einspruch geltend macht.“ —

„Socialdemokraten“ macht über diese Angelegenheit noch folgende Bemerkung: „Der deutsche Holzwarenzoll ist so geordnet, daß er ein Schlag für Norwegens Holzindustrie wird, ohne daß das Rohprodukt des Waldes dadurch vom Markt verdrängt wird, und der Steinzoll, wie er nun angenommen worden ist, kann auch ernste Folgen für Norwegens Steinindustrie nach sich ziehen. Bisher nahm Deutschland seine Pflastersteine von Schweden, während der englische Markt vorteilhafter für uns war. Wird nun der deutsche Markt für Schweden gesperrt, so wendet sich dessen Steinausfuhr natürlich nach England, und wir kriegen eine Konkurrenz, die unsre weniger entwickelte Steinindustrie kaum ertragen kann.“

Hutzölle.

Die „Freisinnige Zeitung“, die seit einiger Zeit unter dem Einfluß der fixen Idee, daß die Zolltarifvorlage ohne alles Zuthun der oppositionellen Parteien notwendig an dem Interessengegensatz zwischen den Hochagrariern und den industriellen Hochschutzzöllnern scheitern müsse, sich eifrigst bemüht, die „Schablonentaktik“ der Socialdemokratie zu benörgeln, hat eine neue Entdeckung gemacht. Sie hat herausgefunden, daß die Arbeiter bereits selbst anfangen, die Thätigkeit der socialdemokratischen Mitglieder in der Tarifkommission zu verurteilen. Als Beweis hierfür dient ihr eine Auslassung des „Korrespondenten für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie in Altenburg (S. A.), in der es in Bezug auf die Reden der Reichstags-Abgeordneten Baudert und Reißhaus zu den die Zölle auf Filzhüte betreffenden Positionen der Zolltarif-Vorlage heißt:

„Die Ausführungen der beiden Abgeordneten werden von den Arbeitern der Haarhutbranche mit Kopfschütteln aufgenommen. Seit zwanzig Jahren ist die deutsche Haarhutmacherei vom Auslande in einer Weise niederkonkurriert worden, daß in dieser Zeit von dreißig Fabriken 19 eingegangen sind und die übrig gebliebenen nicht vergrößert werden konnten. Das Fortbestehen des jetzigen Zolles oder Einführung der Zollfreiheit würde zur Folge haben, daß in 10 Jahren keine Haarhutfabrik mehr existiert in Deutschland. Begünstigt wurde die ausländische Konkurrenz durch den Eingangszoll in Deutschland nach Gewicht. Dieses System brachte es mit sich, daß für den leichten Haarhut 18 Pf. und für den schweren, billigen Wollhut 31—36 Pf. Eingangszoll zu entrichten war. Hierzu kommen noch die billigen Arbeitslöhne der Hauptkonkurrenten in Böhmen, Mähren und Italien und andrerseits die hohen Eingangszölle im Auslande, die z. B. in Rußland 50 Proz., in Nord- und Südamerika 55—100 Proz. vom Wert betragen. In Deutschland beträgt der Eingangszoll für Haarhüte 2—6 Proz. des Wertes. Die ausländischen Haarhutfabrikanten haben diese für sie günstigen Umstände mit Erfolg ausgenutzt, die deutsche Haarhutmacherei ist fast konkurrenzunfähig geworden — und nun soll ihr nach Doktor Eisenbartschem Rezept vollends der Garaus gemacht werden durch die Zollfreiheit. . . . Die Haarhutbranche ist nach dem einstimmigen Urteil der „Fachleute“ eines Schutzes dringend bedürftig und kann derselbe auch gewährt werden, ohne befürchten zu müssen, daß die Interessen der Konsumenten irgendwie berührt werden. So berechtigt wie die Interessen der Konsumenten sind auch die der Produzenten (Arbeiter) — und wenn wir keinerlei Garantie haben, daß das Ausland seine Schutzzollmauern einreißt, dann ist es thöricht, Zollfreiheit zu verlangen und deutsche Arbeiter dadurch der Not auszuliefern.“

Der „Freisinnigen Zeitung“ zum so und so vielsten Male auseinanderzusetzen, daß die Anträge auf Zollfreiheit, die unsre Abgeordneten in der Tarifkommission stellen, die Bedeutung einer fortgesetzten Protestation gegen die Richtung der neuesten deutschen Zoll- und Handelspolitik haben, möchten wir uns ersparen, da das Festhalten an Principien etwas ist, das sich im Verlauf ihrer erfolgreichen Entwicklungsgeschichte die freisinnige Partei so gründlich abgewöhnt hat, daß ihr jedes Verständnis dafür fehlt, und andrerseits die Schwenkung in ihrem Verhalten nicht durch sachliche Beweggründe bestimmt wird, sondern durch die Wahlangst, durch die Furcht, der kleinindustrielle Teil ihrer Wählerschaft könne ihr bei den nächsten Wahlen den Vorwurf machen, sie hätte durch ihre Obstruktion dazu beigetragen, die Zolltarifvorlage der Regierung zu Fall zu bringen.

Spaßhaft ist es allerdings, daß die principiellen Freihändler — der Freihandel ist das Rückgrat des freisinnigen Programms — uns, für die die Frage Freihandel oder Schutzzoll niemals eine grundsätzliche Frage gewesen ist, einen Vorwurf daraus machen, daß wir grundsätzlich bemüht sind, dem freihändlerischen Gedanken Geltung zu verschaffen.

Dagegen müssen wir etwas näher auf die Vorwürfe eingehen, die das obengenannte Gewerkschaftsblatt an die Adresse der socialdemokratischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission richtet. Zugegeben kann werden, daß die Lage der Haarfilzhutbranche keineswegs günstig ist, aber nicht weil, wie der „Korrespondent“ der Darstellung des Vereins deutscher Hutfabrikanten nachspricht, die deutsche Haarhutmacherei seit 20 Jahren vom Auslande niederkonkurriert wird, sondern größtenteils deshalb, weil der Wollfilzhut infolge seiner größeren Billigkeit immer beliebter wird. Leider unterscheidet die deutsche Handelsstatistik erst seit 1898 zwischen Haar- und Wollfilzhüten, früher wurden beide Sorten nicht auseinandergehalten; dennoch läßt sich aus den betreffenden Ziffern erkennen, daß sich keineswegs die Einfuhr in einer Weise entwickelt hat, die den Ausspruch rechtfertigt, in zehn Jahren würde bei einem Fortbestehen des jetzigen Zolles keine Haarhutfabrik in Deutschland mehr existieren. Es betrug nämlich die Ein- und Ausfuhr an Haar- und Wollfilzhüten

	Einfuhr	Ausfuhr
1890 . . .	1,49 Mill. M.	6,55 Mill. M.
1895 . . .	2,08 „ „	5,89 „ „
1900 . . .	3,38 „ „	2,97 „ „

Es hat also wohl die Einfuhr zu-, die Ausfuhr abgenommen, doch deckt im ganzen noch immer die deutsche Hutfabrikation den Bedarf des einheimischen Marktes selbst. Was die Wollfilzhutfabrikation anbelangt, so übertrifft sogar die Ausfuhr die Einfuhr über das Doppelte, denn es stehen sich beide folgendermaßen gegenüber:

	Einfuhr	Ausfuhr
1898 . . .	1,02 Mill. M.	2,65 Mill. M.
1899 . . .	1,19 „ „	2,96 „ „
1900 . . .	1,23 „ „	2,53 „ „

Ungünstiger ist allerdings die Entwicklung bei den Haarhüten.

	Einfuhr	Ausfuhr
1898 . .	250 Doppelcentner.	124 Doppelcentner.
1899 . .	350 „	93 „
1900 . .	478 „	110 „

Auch die Angabe, daß es die billigen Arbeitslöhne in Böhmen, Mähren, Italien seien, die dem deutschen Fabrikanten die Konkurrenz erschweren, ist nur teilweise richtig, denn bei der Einfuhr von Haarfilzhüten steht England in zweiter, bei der Einfuhr von Wollfilzhüten in erster Reihe; und in den englischen Hutfabriken sind die Löhne weit höhere, als in den deutschen.

Es soll die Konkurrenz, die in Oestreich während der beiden letzten Jahrzehnte entstanden ist, keineswegs geleugnet werden, die Hauptursache der ungünstigen Lage der Haarhutindustrie beruht aber darauf, daß die Wollfilzhut-Fabrikation sich seitdem technisch bedeutend vervollkommnet hat und mancher, der früher sich einen teueren Haarhut kaufte und diesen, wenn er schlecht geworden, aufarbeiten ließ, sich heute einen billigen Wollfilzhut zu 2, 3 oder 4 Mark kauft, den er so lange trägt, wie es geht, und dann fortwirft. Ob dieses Verfahren ein rationelles ist, mag vielleicht fraglich sein, sicher ist aber, daß Zollerhöhungen auf Haarfilzhüte daran nichts ändern, sondern daß im Gegenteil eine Erhöhung des Zolles auf Haarhüte um 300 bis 400 Prozent, wie sie die Regierungsvorlage vorschlägt und die Tarifkommission angenommen hat, **nur den Preisunterschied zwischen Haar- und Wollfilzhüten noch mehr erweitert** und den kleinen Mann veranlassen wird, **sich noch weniger einen teuren Haarhut zu kaufen** als bisher. Thatsächlich hat denn auch nur ein Teil des Vereins deutscher Hutfabrikanten, der sämtliche Fabriken dieses Industriezweiges umfaßt, sich für die vorgeschlagenen Zollerhöhungen ausgesprochen; die Minorität wollte in richtiger Erkenntnis der Sachlage für Haarfilzhüte den bisherigen Zollsatz beibehalten, für Wollfilzhüte um 30—40 Proz. (nämlich auf 20 Pf. pro Stück) ermäßigt wissen.

Die Argumentation mit den höheren Zöllen der südamerikanischen Republiken und Rußlands sollte der „Korrespondent“ doch den Unternehmern allein überlassen. Die meisten dieser Staaten produzieren gar keine Hüte, und die andren exportieren wenigstens keine, erscheinen also nicht als Konkurrenten auf dem internationalen Markt; oder ergiebt sich daraus, daß es irgendwo, sei es auch in Südamerika, Länder giebt, die höhere Hutzölle als Deutschland haben, schon ohne weiteres, daß nun auch Deutschland seine Zölle erhöhen muß? Warum weist der „Korrespondent“ nicht auf die europäischen Industriestaaten hin? **Alle diese: Großbritannien, Oestreich-Ungarn, Italien, die Schweiz usw. haben aber entweder gar keine oder weit geringere Zölle für Filzhüte als Deutschland,** nur Frankreichs Zollsätze betragen für nichtgarnierte, aber sonst völlig hergerichtete Haarhüte 48 Pf., für Wollfilzhüte 40 Pf. per Stück (im Minimaltarif 40 Pf. bezw. 22 Pf.). Dagegen fordert bekanntlich der neue deutsche Zolltarif-Entwurf für ungarnierte Haarfilzhüte 70 Pf., für Wollfilzhüte 30 Pf. pro Stück. —

Ueber Schweinburg hinaus hat Max Lorenz die Fertigkeit entwickelt, sich selbst zustimmend zu citieren. Die „Post“ beruft sich für ihre Fälscherstückchen jetzt auch auf den „Dresdener Anzeiger“. Auch dieser Artikel stammt von — Max Lorenz.

Wir wissen nun, daß selbst der vielgewandte, überzeugungsflüchtige Max Lorenz drei ganze Tage lang in Berlin und sogar in Dresden seiner eignen Meinung zu sein vermag — allerdings muß eine Meinung, bei der er so lange beharrt, unsauber sein! —

Wer ist gläubig? Der durch schriftstellerische Thätigkeit bekannte katholische Pfarrer Hansjakob in Freiburg schreibt neuerdings: „Was den Abfall angeht, so brauchen wir in Deutschland wahrlich nicht scheel und vorwurfsvoll auf den östreichischen Klerus zu sehen angesichts der vielen, vielen innerlich längst abgefallenen Katholiken bei uns. **90 Prozent aller Gebildeten, 60 Prozent aller Halbgebildeten und 50 Prozent des Arbeiterstandes** sind bei uns der Kirche entfremdet, **innerlich abgefallen** und stehen entweder auf dem Standpunkt des flachsten Deismus oder gar des Atheismus.“

Der Unterschied zwischen den 90 Prozent der Gebildeten und den 50 Prozent der Arbeiter ist aber der, daß die Gebildeten fromm reden wie — Paasche, während die Arbeiter stolz ihre Freiheit bekennen. —

Lex Heinze-Erziehung. Die „Rheinische Zeitung“ ist in den Besitz eines „Beichtzettels“ gelangt, den ein zehnjähriger Schüler einer Kölner katholischen Volksschule erhalten hatte.

Der Knabe hatte zu Hause gefragt, was das sei: „Unkeusches“ sehen, hören und thun. Als man der Ursache dieser bei einem solchen Kinde höchst sonderbaren Frage auf den Grund ging, fand man in dem Gebetbuch des Schülers zwei auf hektographischem Wege hergestellte Zettel ungefähr gleichlautenden Inhalts. Und in diesen Zetteln war unter anderm zu lesen: „6. Gebot. Ich habe Unkeusches gern gedacht; wie oft? — Ich habe Unkeusches gern gesehen, gehört, Unkeusches gesprochen oder gesungen; wie oft? — Ich habe Unkeusches gethan, allein? oder mit andern? wie oft?“ — Es stellte sich heraus, daß diese Zettel wiederholt, von zwei verschiedenen Kaplänen, den Kindern gegeben worden sind.

Diese „Beichtzettel“ müssen die kindliche Phantasie geradezu vergiften. Wenn das Centrum wieder einmal die lex Heinze ausgräbt, so sollte sie ja nicht einen Beichtzettel-Paragraphen vergessen. —

Sodom an der Rega. Minister des Innern muß schleunigst der Polizei-Herrscher von Treptow an der Rega werden, der „zur Erhaltung des öffentlichen Anstandes, der Sittlichkeit, Ruhe und Ordnung auf der Straße“ folgende Verfügung ergehen ließ:

§ 46. **Grobe Verstöße gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe, gegen Sitte und Anstand** auf Straßen und öffentlichen Plätzen haben augenblickliche Verhaftung und **Bestrafung** zur Folge. Namentlich ist lautes Singen sowie auch Schreien, besonders zur Abend- und Nachtzeit, verboten.

§ 51. **Dienstmädchen** und **andre ledige Frauenzimmer,** die im Sommer nach 11 Uhr und im Winter nach 10 Uhr abends entweder allein oder in verdächtigem Umgange auf den Straßen, wozu auch die Anlagen zu rechnen sind, zwecklos umherstreifend betroffen werden, sollen **verhaftet und bestraft** werden.

Der Erlaß ist gründlich, läßt aber noch einige Fragen offen. Wie wird die augenblickliche Bestrafung vorgenommen? Mit der Faust, dem Säbel oder dem Gummischlauch? Und was geschieht mit den allein oder in verdächtigem Umgang betroffenen ledigen Männern?

Zur Abkürzung und Abschreckung des Verfahrens empfiehlt sich für Treptow an der Rega die Wiedereinführung eines gediegenen Prangers! —

„Bloß damit das Volk Recht bekommt.“ Kein Vertrauen zu den Gewerbegerichten hat der frühere Direktor der Mengeder Gußstahlfabrik, Aug. Prünz, der von den Gewerbegerichten im allgemeinen und dem Castroper im besonderen geäußert hat: „Diese Schafsköpfe von Richtern haben keine Ahnung von der — Einrichtung einer Fabrik, die können gar kein Urteil fällen, insbesondere nicht der Amtmann Barfels, dieser Spekulant; auch im übrigen sind die Gewerberichter nur dafür da, damit das Volk Recht bekommt . . .“ Die Angelegenheit ist vor das Schöffengericht in Castrop gekommen, das den Prinz wegen schwerer Beleidigung in eine Geldstrafe von 250 M. nahm. Das Urteil wurde von der höheren Instanz gebilligt.

So ein Unternehmer-Diener kann sich eben nicht vorstellen, daß Gerichte dazu da sind, dem Volke zu seinem Rechte zu verhelfen. —

Die Reichstagswahl im Kreise Liebers hat zu einem glatten Siege des Centrums geführt. Dieser Unterwesterwald-Rheingau-Kreis ist so recht eine Gegend nach dem Herzen der Klerisei. Da rührt und rückt sich nichts — gleichmütig folgt die Herde ihrem angestammten Hirten — und wenn die Welt einstürzt.

Diesmal hatte allerdings der Bund der Landwirte einen Einbruchsversuch unternommen. Er hat aber nicht das Centrum, sondern die Nationalliberalen gespalten.

Bis Dienstagmittag wurden für den Centrumskandidaten Dahlem 9195 Stimmen, für den Nationalliberalen Krawinkel 3272, für den Kandidaten des Bundes der Landwirte 3135, für den Socialdemokraten Vetter 662 Stimmen gezählt. Aus 34 katholischen Dörfern fehlen die Ergebnisse noch, ändern aber nichts zu Ungunsten des Centrums. 1898 ist Lieber mit 9452 gegen 5567 nationalliberale und 681 socialdemokratische Stimmen gewählt worden. —

Die Thätigkeit der evangelischen Arbeitervereine besteht gegenwärtig nur im — Austreten. Wegen der Nichtwiederwahl des national-socialen Pfarrers Naumann in den Ausschuß der evangelischen Arbeitervereine ist der gesamte Württembergische Landesverband aus dem Gesamtverbande ausgetreten, „um sein eignes soziales Streben nicht der Erlahmung auszusetzen.“ Auch einige sächsische Vereine sind ausgetreten.

Ausland.

Die Notkrönung.

England besteht auf seiner Krönung. Die ist ihm sein König schuldig; seine „Unterthanen“ heischen die Erfüllung dieser Verpflichtung. Und wenn der todkranke Eduard in der Narkose auf den Thron geschleppt werden müßte, es giebt kein Pardon; er muß sich krönen lassen.

Es scheint, als ob die Meldungen über die stetige Besserung des Königs eitel Humbug sind. Der „Standard“ versichert, der König sei noch nicht im stande gewesen, die Füße zum Gehen anzusetzen. Thut nichts; Eduard wird doch gekrönt.

Im „Simplicissimus“ widmet Peter Schlemihl dieser grauenhaften Posse wuchtige Verse:

Ein König hat die Freiheit nicht zu sterben;
Noch vor dem Ende findet er nicht Ruhe.
Sein Angesicht muß grinsen, wenn die Erben
Den Leichnam legen in die Marmortruhe.

Verlogen, wie sie ihre Tage leben,
So müssen Sie noch in der letzten Stunde
Dem blöden Gaffervolk ein Schauspiel geben.
Sie sterben heuchelnd, mit geschminktem Munde.

Wie sie in Windsor sich geschmeidig drehen
Und Tag für Tag die Wahrheit frech verhöhnen!
Wir werden wohl das Widerliche sehen,
Daß sie den todgeweihten König krönen.

„Bis zum Martyrium."

Gestern abend fand in einem Saale der Rue d'Enghien eine von der „liberalen republikanischen Aktion" veranstaltete Protestkundgebung gegen die wider die Ordensschwestern ergriffenen Maßnahmen statt, zu der sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden hatte. Eine Anzahl Socialisten, die sich zur Veranstaltung einer Gegenkundgebung bei der Porte St. Denis angesammelt hatten, wurden gegen 9½ Uhr abends von der Polizei auseinandergetrieben. Es kam zu keinerlei ernsthaften Zusammenstößen.

In der Versammlung selbst traten Piou, François Coppée und Lerolle als Redner auf. Sie wandten sich in heftigen Ausdrücken gegen die Regierung, lobten die Thätigkeit der Schulschwestern, deren Vertreibung das Volk nicht ohne Zittern mit ansehe, und verlangten, daß eine Armee der Liberalen und eine Armee der Religion zum Zwecke der Wiedergeburt Frankreichs ins Leben gerufen würde. Die Redner forderten die Klerikalen zum nachhaltigen Widerstand bis zum Martyrium auf. Die Regierung habe geglaubt, ungestraft die Religion antasten zu können, aber sie habe sich getäuscht.

Schließlich nahm die Versammlung eine Tagesordnung an, welche die Angriffe der Regierung auf die Rechte der Familien verdammt, den Nonnen Bewunderung ausspricht und den Entschluß verkündet, unverzüglich den Widerstand gegen die Unterdrückung durch die Jakobiner in die Wege zu leiten. Die Veranstalter der Versammlung beschlossen, sogleich vor dem Gebäude eine große Kundgebung zu veranstalten. François Coppée verließ das Haus in Begleitung von etwa 40 seiner Anhänger und wurde von den Außenstehenden mit Hochrufen auf ihn und die Armee begrüßt, dazwischen wurden Schmähruse gegen Waldeck-Rousseau laut. Die Gegner der Nationalisten wurden von der Polizei in ansehnlicher Entfernung gehalten und es gelang ihnen nicht, mit denselben in Berührung zu kommen.

Diesen „Märtyrern" scheint schon ein Spaziergang auf der Straße zu — zügig. —

Frankreich.

Amtsenthebung von Marinekommandanten. Präsident Loubet hat ein Dekret unterzeichnet, das den Marinepräfekten in Toulon, Admiral Beaumont, und den Kommandanten der Seedivision des Atlantischen Oceans, Admiral Servan, ihrer Aemter enthebt. Die gegen Servan ergriffene Maßnahme soll durch Zwischenfälle veranlaßt sein, welche sich kürzlich an Bord der Fahrzeuge der Seedivision des Atlantischen Oceans ereignet haben, über die eine Untersuchung eröffnet ist. Die Gründe der Amtsenthebung Beaumonts stehen noch nicht fest.

England.

Die Gründe für die Unterwerfung der Boeren. Das über die südafrikanischen Angelegenheiten erschienene Blaubuch enthält hinsichtlich der Gründe für Annahme der englischen Bedingungen: der Kongreß habe insbesondere auf folgende Thatsachen Rücksicht genommen: erstlich, daß die Engländer das Gebiet beider Republiken völlig verwüstet haben, zweitens, daß die Konzentrationslager eine unerhörte Zahl von Erkrankungen und Sterbefällen verursachten und drittens, daß fast alle Kaffernstämme in Waffen waren, gegen die Boeren fochten und Mordthaten und Grausamkeiten begingen.

Im Unterhause fragte Reid an, ob die **Urteilssprüche,** welche in Südafrika von **Kriegsgerichten** gegen Civilpersonen gefällt wurden, jetzt nach Beendigung des Krieges noch gesetzlich wirksam seien. Chamberlain erwidert, wie ihm mitgeteilt worden sei, hätten diese Urteile Geltung bis zur Aufhebung des Kriegsrechtes. —

Amerika.

Deutsches Kriegsschiff nach Haiti! Die „Hamburgische Börsenhalle" giebt eine ausführliche Schilderung der Unruhen in Haiti und der Beschießung von Kap Haitien durch ein haitianisches Kriegsschiff am 28. Juni. Es geht daraus hervor, daß während der Beschießung und der sie begleitenden Straßenkämpfe Leben und Besitz der Fremden aufs schwerste gefährdet war. Der Pöbel drohte die Kaufhäuser anzugreifen, die Konsulate in Brand zu stecken und die Fremden zu ermorden. Die Konsuln wurden beschimpft, die Fremden mußten sich bewaffnen und sich vereinigen, um im Falle der Not einen Angriff zurückschlagen zu können. In der Mitteilung wird die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes aufs dringendste gewünscht. —

Schweden.

Die Arbeiterpartei und die Wahlen. Der Vorstand der socialdemokratischen Partei hat dieser Tage ein Wahlmanifest veröffentlicht, worin die Arbeiter aufgefordert werden, in den Wahlkreisen, wo eine hinreichende Zahl wahlberechtigter Arbeiter vorhanden ist, reine Arbeiterkandidaten aufzustellen. Dort aber, wo solche Kandidaturen aussichtslos erscheinen, sollen die entschieden liberalen Kandidaten gegenüber solchen Kompromiß-Liberalen oder Konservativen unterstützt werden, denen es mit der Wahlrechtsreform nicht ernst ist. Vor allem soll darauf gesehen werden, daß die zu wählenden Personen ehrliche Freunde des allgemeinen Wahlrechts sind und daß sie entschiedene Gegner der Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterorganisationen sind, wie sie in letzter Zeit wieder von der Reaktion geplant werden.

Die Eröffnung des neuen Kommunistischen Klubs.

London, 27. Juli.

Nach ungefähr zwanzig Jahren verließ der mit der Geschichte der internationalen Socialdemokratie eng verknüpfte „Kommunistische Arbeiterbildungsverein" seine alte Stätte in Tottenham Street, um ein neues, modern eingerichtetes Klubhaus in Nr. 107 Charlotte Street, Fitzroy Square, zu beziehen. Reich an historischen Erinnerungen ist das alte Klubhaus — Erinnerungen an die harten und ruhmreichen Jahre des Ausnahmegesetzes. Hier sprachen Engels, Eleanor Marx, Liebknecht, Bebel, Singer, Bernstein, Fischer, Schlüter, Leßner und Motteler; ferner englische, französische, spanische, italienische, polnische, russische, schwedische und ungarische Vertreter des socialrevolutionären Gedankens.

London erinnert auch in dieser Beziehung an das niedergehende Rom, an den letzten Knotenpunkt der antiken Welt, wo das Gedankenmaterial aus dem Orient und Occident herbeigetragen wurde zum Aufbau einer neuen Weltanschauung und Verjüngung der Menschheit.

Daß der Klub in dem letzten Jahrzehnt der alten Tradition treu blieb, ist hauptsächlich das Verdienst Julius Mottelers, der für die politische Erziehung der aus allen Kulturländern herbeigeeilten Proletarier in unermüdlicher und selbstlosester Weise gewirkt hat. Oft genug galt es, mit Vertretern des Anarchismus zu ringen, jugendliche Hitzköpfe zu zügeln, Intriguen im Keime zu ersticken. Mottelers Zielklarheit, Takt und Hingebung haben in unverdrossener Kleinarbeit alle diese Schwierigkeiten überwunden.

In den letzten zehn Monaten hat sich Genosse Dr. Paul Lensch durch zahlreiche und sehr gut besuchte Vorträge über Geschichte des Socialismus und deutsche Litteratur die Anerkennung des Klubs erworben.

Dank dem Eifer und dem Organisationstalente der Genossen George, Whitfield, Weingartz, Freund, Rockmann, Liebert, sowie der Treue und Energie unsrer „Herbergsväter" Lange und Paul und den großen Opfern der deutschen, österreichischen und ungarischen Arbeiter war es uns möglich, ein neues Heim zu beziehen, das gestern in feierlicher Weise geöffnet wurde. Alte Genossen, die man seit einem Jahrzehnt nicht mehr unter uns gesehen hatte, kamen wieder zusammen, um an der Feier teilzunehmen. Welchen hinreißenden Enthusiasmus der socialistische Gedanke erzeugen kann, war an diesen Veteranen der internationalen proletarischen Armee zu sehen. Die vielen Jahrzehnte des Existenzkampfes in der sehr profanischen Metropole des britischen Weltreiches haben ihren Geist nicht abgestumpft. Die Socialdemokratische Föderation war durch einige ihrer besten Mitglieder vertreten. Der Versammlungssaal war von dem französischen Genossen Dard kostenfrei in geschmackvollster Weise mit Blumen geschmückt. Ein großes Bild von Karl Marx und eine Büste von Friedrich Engels, umgeben von dem Rufe: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! waren die Zierden der Tribüne.

Um 8½ Uhr abends eröffnete Genosse George die Feier mit einer warmen Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste. Er verwies auf den vorübergehenden Jubel der Krönungsfeier König Eduards VII. und auf die für die Zukunft des Menschengeschlechts dauernde Bedeutung der socialistischen Organisationen und ihrer Gedenktage. Er verlas sodann die eingelaufenen Begrüßungsschreiben Auers im Namen des deutschen Parteivorstandes, sowie derjenigen deutscher und englischer Genossen, die am Erscheinen verhindert waren. Mit Beifall wurde die Begrüßungsdepesche des Genossen Eduard Bernstein und der Genossin Regina Bernstein aufgenommen.

Die Festrede hielt Genosse Heinrich Rackow, ursprünglich ein Lassalleaner, der als einer der ersten Ausgewiesenen im Jahre 1878 aus Berlin nach London übersiedelte. Hier schloß er sich gleich nach seiner Ankunft dem Kommunistischen Arbeiterbildungsverein an und war einer der Hauptgegner Johann Mosts, als dieser den Klub spaltete. Rackow, obwohl bereits ergraut, sprach mit dem ganzen revolutionären Feuer, das die Partei in den siebziger Jahren durchglühte. Wie das von einem alten Lassalleaner nicht anders zu erwarten war, kam auch die Loyalität und die Bewunderung für die überragende Persönlichkeit des unsterblichen Agitators lebhaft zum Ausdruck. Der Vortragende versetzte seine Zuhörer, meistens junge Leute, zurück in die Heroenzeit, in die Sturm- und Drangperiode der deutschen Bewegung. Und es that uns allen wohl, einen alten Agitator, aus dem die Gedankenwelt jener Zeit spricht, wieder zu vernehmen.

Der nächste Redner, der 78jährige Genosse Friedrich Leßner, sprach englisch und führte uns in die ersten Anfänge der Kommunistenbewegung zurück. Er kam nach England im Jahre 1847, kannte noch die ersten Gründer unsres Klubs: Schapper, Moll und Bauer, die wegen Teilnahme an der Verschwörung Blanquis im Jahre 1839 aus Paris ausgewiesen wurden. Sie gingen nach London und gründeten da am 7. Februar 1840 den Klub. Von Anfang an trug er einen internationalen Charakter. Die Statuten waren in deutscher, französischer, englischer und dänischer Sprache gedruckt. Das Motto war: „Alle Menschen sind Brüder." Der Redner gab eine sehr lebhafte Schilderung aus der Zeit der Beratungen über das „Kommunistische Manifest", über die Februar-Revolution im Jahre 1848 und über die grenzenlose Spannung, die im Klub herrschte, als die Nachricht vom deutschen 18. März in London eingetroffen war. Viele Mitglieder gingen nach Deutschland, um sich an der Revolution zu beteiligen und die Kommunistenlehre in Deutschland zu verbreiten. Dann kam der Kölner Kommunisten-Prozeß und die Verurteilungen zu langjähriger Festungshaft. Als Leßner im Jahre 1856 wieder nach London kam, war der Klub größtenteils in Händen von bürgerlichen Demokraten, die indes nach und nach Marx und seinen Anhängern Platz machten. Die Mitglieder des Klubs beteiligten sich an der Gründung der „Internationale" im Jahre 1864.

Hatten wir so die Anfänge der deutschen Socialdemokratie, des internationalen Kommunismus und der „Internationale" kennen gelernt, so erzählte uns Genosse Andreas Scheu über die erste Zeit der österreichischen Bewegung und schilderte die Eindrücke, die er auf dem Eisenacher Kongresse empfangen hatte. Scheu, der neben seiner poetischen Begabung auch ein Redner ersten Ranges ist, warnte die Zuhörer vor den Verführungen der Reformer. Ohne den festen und ernsten Entschluß, alles zu opfern, würde der Sieg des Socialismus nicht errungen werden; eine sociale Umwälzung lasse sich nicht erschleichen.

Genosse Hunter Watts, einer der ältesten und tüchtigsten Mitglieder der Socialdemokratischen Föderation, beglückwünschte die deutschen Genossen zu dem prächtigen neuen Heim. Die englische Agitation pflege darunter zu leiden, daß der Socialismus ein Produkt des deutschen Geistes sei. Die englische Bourgeoisie warnte die Arbeiter vor dem socialistischen Gedanken als „Made in Germany". Diese Handelsmarke stehe indes jetzt in so gutem Rufe, daß man auch dem Socialismus seinen deutschen Ursprung nicht mehr vorzuwerfen wage. Made in Germany sei die beste Empfehlung. Die deutschen Arbeiter in London haben sich stets an allen Demonstrationen der englischen Socialdemokratie beteiligt, an den Demonstrationen der Arbeitslosen und der Maifeier. Sie schreckten auch nicht zurück vor Konflikten mit der Polizei. Das Klubhaus stehe allen Nationen offen; es gäbe keine socialistische Organisation in London, die nicht die Gastfreundschaft des Kommunistischen Klubs genossen hätte. Er danke den Deutschen dafür aus ganzem Herzen.

Der von den Anhängern von William Morris gegründete „Kelmscott Club" entsandte einen Delegierten, den Genossen Goldenberg, der gleichzeitig der russischen Bewegung angehört. Schon im Jahre 1876 haben die russischen Flüchtlinge die Gastfreundschaft des Kommunistischen Klubs in Anspruch genommen. Sie hielten dort ihre Versammlungen ab, unter dem Vorsitz Friedrich Engels' und des bekannten polnischen Revolutionärs Wroblewski. Der Klub werde seinen internationalen Charakter bewahren, das sei seine größte Ehre. Der Redner gab sodann eine ausführliche Schilderung der jetzigen Bewegung in Rußland, die zu großen Hoffnungen berechtige. Noch nie sei der Absatz von socialrevolutionären Broschüren in Rußland so groß gewesen wie jetzt. Russische Druckereien befänden sich in der Schweiz, in Frankreich und England.

Der letzte Redner war der in Deutschland wohlbekannte englische Genosse Herbert Burrows. Er habe viel gereist; überall genieße der Deutsche Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein einen großen Ruf. Hoffentlich werde der Verein auch in der Zukunft seinem Rufe gerecht werden. Das frühere Klubhaus sei viel einfacher gewesen, aber es repräsentiere ein großartiges Stück Geschichte. Er könne es nie passieren, ohne ein Gefühl von Ehrfurcht zu empfinden. Burrows wandte sich sodann mit einer geradezu hinreißenden Beredsamkeit gegen die Reformer innerhalb der internationalen Socialdemokratie, in denen er eine große Gefahr erblickt. Die Taktik der Socialdemokratie ist im „Kommunistischen Manifest" niedergelegt; Liebknecht hat ihn immer auf diese hingewiesen. Sie ist die einzige, die das internationale Proletariat befreien wird. Wir haben von radikalen und Arbeiterparteien nichts zu erwarten. Diese Grundgedanken bildeten den Inhalt der Rede Burrows, der sie in einer bald mächtigen, bald bilderreichen Sprache entwickelte. Der Eindruck war ein ungewöhnlich mächtiger. Man konnte sich ihm kaum entziehen. Die Rede war offenbar gegen diejenigen Mitglieder der Socialdemokratischen Föderation gerichtet, die für ein Zusammengehen mit der jetzt im Entstehen begriffenen gewerkschaftlichen Arbeiterpartei eintreten.

Diese Reden wechselten mit Musik und Gesang. Der Gesangverein des Klubs gab zwei mit großer Verve ausgeführten Lieder, ebenso der englische Genosse A. A. Watts, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden.

Ein Tanz beschloß den denkwürdigen Abend vom 26. Juli 1902, an dem das neue Klubhaus des Kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins eingeweiht wurde. Mögen seine Mitglieder die alten Traditionen wahren und verständnisvoll den Lehren der unsterblichen Männer folgen, die den Verein gegründet und großgezogen haben. —

Partei-Nachrichten.

Zur bayrischen Wahlrechtsfrage.

Der Landtagsabgeordnete Genosse Gabriel Löwenstein erläßt in der „Fränkischen Tagespost" eine längere Erklärung an seine Wähler zur Rechtfertigung seiner Zustimmung zu der bekannten Resolution des bayrischen Landtages.

Genosse Löwenstein legt dar, daß die socialdemokratische Fraktion nur deshalb für die Resolution gestimmt habe, weil der Regierungsvertreter in der Kammer erklärt habe, die Regierung werde nur dann ein neues Wahlgesetz vorlegen, wenn sich die Parteien zuvor über die Grundlagen der Wahlreform geeinigt hätten. Die socialdemokratischen Mitglieder der Wahlrechts-Kommission hätten die Ueberzeugung erlangt, daß von den bürgerlichen Parteien nicht mehr zu erlangen war, als wie die Resolution fordert, daß es diese, besonders die Liberalen, vielmehr lieber gesehen hätten, wenn überhaupt keine Wahlreform zustande käme, und sie nur in Rücksicht auf die Neuwahlen den Schein retten wollten, und daher hätte unsre Fraktion dann aus taktischen Gründen für die Resolution gestimmt, da nach ihrer Meinung schließlich doch die Verbesserungen die Verschlechterungen überwogen.

Löwenstein bezieht sich auf einen Briefwechsel zwischen Bebel und ihm. Bebel habe an Löwenstein geschrieben und dieser habe darauf Bebel die Motive der bayrischen socialdemokratischen Abgeordneten für ihr Verhalten mitgeteilt. Aus dem Briefe Bebels citiert Löwenstein folgendes:

„Bleibt Ihr mit diesen Forderungen in den Verhandlungen der Kammer in der Minorität, dann bleibt es Euch überlassen, zu entscheiden, ob die sonstigen Verbesserungen des Wahlrechts solche sind, daß Ihr trotzdem für die Vorlage stimmt."

Hieraus zieht Löwenstein den Schluß, daß die bayrischen Genossen im Grunde genommen Bebels Intentionen gefolgt wären. Der einzige Unterschied bestände darin, daß Bebel der Anschauung war, die Fraktion hätte ihre Forderungen nochmals im Plenum beantragen sollen, während sich die bayrischen Genossen darauf beschränkten, sie in der Form der Rede nochmals darzulegen. Löwenstein führt schließlich noch aus, daß die bayrischen Parteigenossen durch die Zustimmung zu der Resolution nicht im geringsten gehindert wären, für ein besseres Gesetz im Lande zu agitieren und daß sie auch dem künftigen Gesetzentwurfe gegenüber in keiner Weise gebunden wären.

Der „große Streit" im Ruhrrevier. Wir erwähnten in unsrer Nr. 172 eine persönliche Zänkerei zwischen einigen Parteigenossen in Essen deshalb, weil gewisse Leute eilfertig daraus eine große Auseinandersetzung zwischen der Partei im Ruhrrevier und dem Bergarbeiter-Verbande machten. In der That war es nichts weiter wie eine von starker persönlicher Gereiztheit zeugende Auseinandersetzung zwischen den Genossen Düwell und Osikanny einerseits und Hue andrerseits, die anknüpfte an differierende Ansichten über das Essener Rechtsschutzbureau. Zwischen den maßgebenden Organisationen, Gewerkschaftskartell und Vorstand des Bergarbeiterverbandes, war übrigens die Angelegenheit von vornherein mit ruhiger Sachlichkeit behandelt worden und ist heute schon als erledigt zu betrachten. Um aber denen, die auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung hoffen und deshalb jeden kleinen Anlaß benutzen, hier Lob, dort Geringschätzung sorgsam abgemessen auszuteilen, alle Hoffnung zu rauben, wurde am Sonntag in einer Bergarbeiterversammlung in Essen die Angelegenheit besonders behandelt. Unter allgemeiner Zustimmung erklärten außer andren Bergarbeiter auch die direkt Beteiligten Hue und Düwell, daß von einem Streite zwischen Gewerkschaftskartell, Bergarbeiter-Verband und Partei im Ruhrgebiet keine Rede sein könnte. Ausdrücklich wurde allseitig erklärt, aller persönliche Streit solle ausscheiden, man wolle den umgebetenen Anschmeichlern zeigen, daß sie sich verrechnet hätten. Die nächsten Wahlen würden zeigen, daß die Bergarbeiter im Ruhrrevier vereint mit den übrigen Arbeitern den Agrariern zu Leibe gehen werden.

Thüringer Parteitag.

Im schön geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses Vorwärts in Apolda trat am Sonnabend, den 26. Juli, der von 58 Delegierten aus 35 Orten besuchte diesjährige Thüringer Parteitag zusammen. Bis morgens nach 3 Uhr zogen sich die Verhandlungen betreffend die Berichterstattung über die „Thüringer Tribüne" hin. Genosse Henn-Erfurt erstattet den Bericht und betont, daß trotz des wirtschaftlichen Niederganges die finanzielle Lage der „Tribüne" sich nicht verschlechtert habe. Eine sehr erregte Debatte wurde veranlaßt durch den von der Preßkommission angegebenen Kündigungsgrund gegenüber dem früheren Redacteur der „Tribüne", Genossen Grunwald. Besonders der Vorsitzende der Preßkommission, Genosse Henn-Erfurt, wurde von verschiedenen Seiten scharf angegriffen. Es graute bereits der Morgen, als beschlossen wurde, eine Preß-Kontrollkommission, welcher die Preßkommission in wichtigen Fällen unterstehe, einzusetzen, welche aus den Kreis-Vertrauensleuten der im Verbreitungs-Bezirke der „Tribüne" liegenden Wahlkreise zusammengesetzt ist. — Ferner wurde noch folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen:

Der Thüringer Parteitag bestreitet in keiner Weise der Preßkommission das Recht, Redacteure anzustellen oder zu entlassen. Ganz entschieden wird aber verurteilt der in Sachen Grunwald von der Preßkommission angegebene Kündigungsgrund, Annahme der Reichstags-Kandidatur betreffend.

Ebenso wird verurteilt die Herausgabe des in dieser Sache vom Genossen Henn unterzeichneten Flugblatts. Die Herausgabe war überflüssig und schädlich, hat den Sachverhalt nicht geklärt, wohl aber der Partei arg geschadet.

Wegen des eigenmächtigen Vorgehens Henn in der Flugblatt-Angelegenheit erteilt der Parteitag dem Genossen Henn eine Rüge, um zu vermeiden, daß derartige eigenmächtige Vorgehen zur Regel werden. —

Die allgemeinen Verhandlungen begannen am Sonntag vormittags 11 Uhr. Ohne Debatte, mit lebhaftem Beifall wurde ein Vortrag des Genossen Grunwald über die bevorstehende Reichstagswahl entgegengenommen. Genosse Reißhaus erstattete Bericht über die Thüringische Agitationskommission, woran sich eine lebhafte Debatte anschloß. Ein Antrag, die Thüringische Agitationskommission aufzulösen, wurde abgelehnt, dagegen wurde beschlossen, nach Weihnachten zur Einleitung der Reichstags-Wahlagitation ein allgemein gehaltenes Flugblatt für die Thüringer Wahlkreise herauszugeben. Der nächste Thüringer Parteitag findet in Weimar statt. Der Sitz der Agitationskommission verbleibt in Erfurt. Mit einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen schloß Genosse Reißhaus mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Socialdemokratie den Parteitag.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Düsseldorf hielten am verflossenen Sonntag in Gerresheim eine außerordentlich zahlreiche Wahlkreis-Parteiversammlung ab. Nach lebhafter Debatte wurde mit überwältigender Mehrheit ein Antrag angenommen, die teure Partei-Buchhandlung in der Graf Adolfstraße, da sie sich nicht rentiert, aufzulösen. Der Bücher- und Broschürenvertrieb soll fortan durch die „Düsseldorfer Volkszeitung" in andrer Weise geregelt werden. Gleichzeitig beschlossen die Düsseldorfer Genossen, für die „Volkszeitung", die seit Jahresfrist über 2000 Abonnenten mehr bekommen hat, mit allem Nachdruck zu agitieren.

Der Agitationskalender für Schlesien, auf dessen Herausgabe die Agitationskommission wegen ungenügender Bestellungen diesmal verzichten wollte, wird nun doch noch erscheinen, da noch nachträglich eine ausreichende Anzahl bestellt worden ist.

Totenliste der Partei. In New York starb, wie die „New Yorker Volkszeitung" vom 19. Juli meldet, an einem typhösen Fieber der Parteigenosse Jens Christensen. Der Verstorbene, der von dänischen Eltern in Schleswig geboren war, gehört zu den Opfern des Socialistengesetzes. Aus Berlin am 3. Juli 1886 auf Grund des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen, ging er nach Plauen im Vogtlande, wo er wegen Verbreitung socialistischer Schriften usw. zu drei Monaten Gefängnis und Zulässigkeit der Aufenthaltsbeschränkung verurteilt wurde. Nach Abbüßung dieser Strafe, der drei Wochen Untersuchungshaft vorausgegangen waren, begann eine förmliche Jagd auf Christensen. Er wurde ausgewiesen am 1. November 1886 aus der Kreishauptmannschaft Zwickau (Aufenthaltsfrist 48 Stunden); am 8. Juni 1887 aus dem Kreis Braunsberg und Saalfeld (Frist 50 Stunden); 10. Juni 1887 aus der Stadt Koburg (Frist 2 Stunden); 25. Juni 1887 erster weimarscher Verwaltungsbezirk (Frist 24 Stunden); 28. Juni 1887 Stadt Gotha (keine Frist, gleich durch einen Schutzmann an den Bahnhof gebracht). Am 25. August 1886 wurde Christensen in Plauen i. V. einige Minuten vor Ankunft des sächsischen Königs verhaftet und vier Stunden lang

in Polizeigewahrsam gehalten. Als Grund für seine Verhaftung wurde bei seiner Entlassung angegeben, daß der Polizei-Inspektor Schwarzkopf „es für möglich gehalten habe", daß Christensen anläßlich des Einzuges des allverehrten Landesvaters „eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung hätte begehen können". Die Staatsanwaltschaft am Ober-Landesgericht in Dresden hat die Unzulässigkeit der Verhaftung anerkannt, die Verfolgung des Schwarzkopf wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung aber abgelehnt, „weil derselbe nicht das Bewußtsein der Strafbarkeit besessen"!

Im Jahre 1888 ging Christensen, der von Beruf Journalist war, nach New York, arbeitete dort während des folgenden Jahres für die „New Yorker Volkszeitung" und wandte sich dann nach Chicago, wo er Mitarbeiter der „Chicagoer Arbeiter-Zeitung" wurde und sich nebenbei mit juristischen Studien befaßte. Er wurde dann Advokat. Um seine zerrüttete Gesundheit wiederherzustellen, hielt er sich längere Zeit in Dänisch-Westindien auf, von wo er im letzten Frühjahr, immer noch krank, wieder nach New York zurückkehrte. Mit ihm ist ein tapferer Streiter für die Sache des Proletariats gefallen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Aufforderung zum Boykott einer Wirtschaft,** begangen durch ein Flugblatt, bestrafte das Schöffengericht in Reichenbach (Schlesien) an dem Genossen Döring in Peterswaldau als groben Unfug mit 90 M. Geldstrafe. Das Ober-Landesgericht wird sich hoffentlich der neueren Auffassung des Reichsgerichts über den groben Unfug anschließen und auf Freisprechung erkennen.

Aus Industrie und Handel.

Rheinische Immobilienbank. Heute vormittag wurde in dem Prozeß gegen die früheren Inhaber der „Rheinischen Immobilienbank" Dr. jur. Karl Neumann und Kaufmann Wilhelm Neumann das Urteil verkündet. Beide Angeklagte wurden zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt, wovon sechs Monate Untersuchungshaft in Abrechnung kommen, und ferner zur Tragung der Kosten für diejenigen Fälle, in denen Verurteilung erfolgt ist. Von 88 Anklagefällen erfolgte nur in 33 Fällen Verurteilung und zwar in 24 Fällen wegen Betruges und in 9 Fällen wegen Untreue. In den übrigen Fällen erfolgte Freisprechung, teils wegen inzwischen eingetretener Verjährung, teils aus sachlichen und rechtlichen Gründen. Auf Ehrenstrafen wurde nicht erkannt.

Bochumer Gußstahlverein. Der Verwaltungsrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung bei einem Bruttoüberschuß von 8⅔ Millionen Mark und reichlich 1½ Millionen Abschreibungen von dem 2⅕ Millionen Mark betragenden Reingewinn 7 Prozent Dividende vorzuschlagen. Im vorigen Geschäftsjahr betrug der Bruttogewinn 6⅓ Millionen Mark, wovon 2 036 893 M. zu Abschreibungen verwendet wurden (gegen 1 681 159 Mark in 1899/1900), so daß im vorigen Jahr ein Reingewinn von 4 308 113 M. verblieb, der auf das Aktienkapital eine Dividende von 13½ Proz. gestattete. Im vorvorigen Geschäftsjahr (1899/1900) betrug die Dividende sogar 16⅔ Proz. Der Abschluß zeigt, wie schwer auch dieses Werk unter der Rückwirkung der Krise gelitten hat.

Zur Konversion der türkischen Zollanleihe. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Konstantinopel: Auf eine Anfrage des Ottomanbank-Syndikates an die Deutsche Bank, ob sie sich mit einer Fischerei-Anleihe, von der noch 25 Millionen Mark zu tilgen sind, der projektierten Konversion der Zollanleihe anschließen wolle, antwortete die Deutsche Bank, daß sie bei einer eventuellen Konversion der Fischerei-Anleihe mit der Pforte direkte Verhandlungen zu führen gedenke. Die Pforte hat sich jedoch in dieser Angelegenheit noch nicht an die Deutsche Bank gewendet. Die Verhandlungen mit der Ottomanbank wegen der Zollkonversion schreiten vorwärts und werden, mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf der Pforte, nach Möglichkeit gefördert.

Die projektierte Postdampfer-Verbindung zwischen Kanada und England scheint nun doch zu stande kommen zu sollen, da die kanadische Regierung sich zur Bewilligung hoher Subventionen bereit erklärt hat und auch die englische Regierung infolge Rücksprache mit den gegenwärtig in London weilenden kanadischen Ministern der Unterstützung einer solchen Dampferlinie geneigt sein soll. Die „Times" bemerken dazu: Von der kanadischen Regierung und von der Kanada-Pacific-Bahn wird als wesentlich angesehen, daß der Schnelldampfer-Personendienst von vier Dampfern kombiniert würde mit einem Schnelldampfer-Frachtdienst von 10 bis 12 Dampfern, um den Morgan-Trust erfolgreich zu bekämpfen. Die Kanada-Pacific-Bahn ist auf diesen Kampf vorbereitet. Die Passagierdampfer sollen auch für den Kriegsfall als armierte Kreuzer dienen. Nach derselben Mitteilung der „Times" wird angenommen, daß die kanadische Regierung berechtigt sei, für 10 Jahre eine jährliche Subvention von 175 000 Pfd. Sterl. zu bewilligen. Die englische Regierung würde 262 500 Pfd. Sterl. Subvention zahlen. Für jeden Knoten Schnelligkeit mehr werde die Subvention erhöht werden, und bei einem Dienst mit einer Geschwindigkeit von 23 Knoten werde eine Subvention von mindestens 400 000 Pfd. Sterl. jährlich notwendig sein.

Amerikanische Finanzmanipulationen. Seit einiger Zeit vollzieht sich im Aktienwesen der Vereinigten Staaten von Amerika eine vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus höchst beachtenswerte Veränderung. Die Hochfinanz sucht aus den von ihr finanzierten industriellen und Transport-Unternehmungen ihr Geld möglichst zurückzuziehen, ohne die Herrschaft beziehungsweise Kontrolle über diese Unternehmungen aufzugeben. Das Mittel, zu diesem Zweck zu gelangen, besteht darin, daß die Finanziers durch ihre Gefolgschaft eine Reduktion des Aktienkapitals und die Ersetzung des dadurch entstehenden Fehlbetrages durch die Ausgabe von Obligationen (sogen. Bonds) beschließen lassen.

Eine solche Verkleinerung des Aktienkapitals gestattet ihnen auch ihren Anteil an Aktien entsprechend zu verringern, ohne befürchten zu müssen, bei künftigen Transaktionen von den übrigen Aktionären überstimmt oder an der Ausführung ihrer Projekte gehindert zu werden. Zugleich bietet sich dadurch, daß die Zinsen der Bonds meist nur auf 4 oder 4½ Proz. bemessen werden, die Aussicht auf erhöhte Dividenden.

Von einer neuen derartigen Umwandlung meldet die „Frankfurter Zeitung" aus New York: Moore Brothers, die die Chicago Rock Island Bahn neu finanzieren, besitzen große Posten Atchison, Topeca und Santa Fé Aktien, so daß eine engere Interessengemeinschaft wahrscheinlich ist. Moore Brothers beabsichtigen, gegen 100 Chicago Rock Island Aktien 10 000 Dollar in Collateral Bonds, 7500 in preferred (Vorzugsaktien) und 10 000 in common stocks (gewöhnliche Aktien) zu geben. Zweck ist, Moores zu ermöglichen, einen Teil ihres Kapitals einzulösen ohne die Kontrolle zu verlieren. — Eine spätere Meldung des Korrespondenten besagt, die Idee von Moore Brothers, stimmberechtigte Chicago Rock Island Aktien teilweise durch nichtstimmberechtigte Bonds zu ersetzen, wird in Wallstreet lebhaft kritisiert. Man glaubt, daß die neuen Common-Aktien etwa 40 Dollar Kurswert haben werden. Immerhin könnte dann die Kontrolle bei Moore bleiben, ohne daß so viel Kapital wie gegenwärtig festgelegt wäre.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mit dem Streik der Dachdecker beschäftigte sich Montagabend eine vom Innungsvorstand nach dem Schultheiß-Restaurant, Neue Jakobstraße, einberufene Generalversammlung der Dachdecker-Meister. Die versammelten Meister beschlossen, auf ihrem Standpunkt zu beharren und die Forderungen der Gesellen erst vom 1. April 1903 ab zu bewilligen. Um jedoch möglichst noch eine Vereinbarung zu erzielen, sollen Mittwochabend nochmals Verhandlungen zwischen den Vorständen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stattfinden, nachdem kurz vorher eine Gesellenversammlung sich mit derselben Angelegenheit beschäftigt hat. Im Fall es nicht gelingt, eine Einigung herbeizuführen, so sollen laut Beschluß dieser Meisterversammlung sämtliche Dachdeckergesellen Donnerstag früh ausgesperrt werden.

Na, das werden sich die Meister wohl noch überlegen.

Zur Sonntagsruhe im Bäckergewerbe schreibt uns das Rixdorfer Gewerkschaftskartell:

Nachdem der Polizeipräsident von Berlin den Bäckermeistern sein Entgegenkommen dadurch bewiesen hat, daß er die Arbeitszeit in den Bäckereien an den Sonntagen von morgens 9 bis 9½ Uhr verlängerte, sollte man annehmen, daß die betreffenden Meister nun auch die vorgeschriebene Zeit innehalten würden. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Der überaus günstige Bericht des Gewerbe-Inspektors und die vielseitigen Klagen der Bäckergesellen hier am Orte gaben dem Rixdorfer Gewerkschaftskartell Veranlassung, Erhebungen zu veranstalten, welche folgendes Resultat hatten: Von 87 kontrollierten Betrieben hatten nur 48 eine geregelte Arbeitszeit, während 31 Betriebe bei der Kontrolle noch im vollen Gange waren und 8 Betriebe nicht die 14stündige Ruhepause innehielten.

Insgesamt sind in den beiden letztgenannten Betrieben 47 Gesellen und 33 Lehrlinge beschäftigt. Arbeitszeiten von 13½—16 Stunden sind an der Tagesordnung. Auch in sanitärer Beziehung war vieles zu wünschen. 6 Meister wurden angetroffen, welche erklärten, keine Kontrolle dulden zu wollen; Redensarten, wie Laufejungen, Spitzbuben, Hallunken usw., wurden den Controleuren an den Kopf geworfen; auch Schläge sollte es geben. Das sind die geistigen Waffen der Bäckermeister, die hinsichtlich der Befolgung des Bäckerei-Arbeiterschutzes kein gutes Gewissen haben.

Importierte Arbeitswillige in Potsdam. Wir hatten gestern von einer Nachricht des „W. T. B." Notiz genommen, wonach am 26. d. Mts. ein Transport arbeitswilliger Zimmerer aus Budapest nach Hamburg und Potsdam abgegangen ist. Am Sonntag sind 50 Mann von dieser Streikbrecherkolonne in Potsdam angekommen, von Schutzleuten empfangen und in das von der Stadt hergegebene Streikbrecherquartier transportiert worden. Diesen Vorgang schildert die „Potsdamer Korrespondenz" so:

Es erschien plötzlich vor Ankunft des Zuges auf dem Bahnhof ein starkes Aufgebot von Schutzmännern, so daß die in großer Menge auf dem Bahnhof anwesenden Sonntagsausflügler glaubten, irgend eine Fürstlichkeit würde ankommen. Um so größer war daher die Ueberraschung, als etwa 50 Zimmerleute mit ihrem Handwerkzeug dem Zuge entstiegen. Die Schutzmänner nahmen sie in ihre Mitte und geleiteten sie zu drei bereitstehenden Kremsern, in welchen die Zimmerer unter Begleitung der Beamten sofort nach der alten Ulanenkaserne bei Sanssouci gefahren wurden, um dort Massenquartiere zu beziehen. Dieses Gebäude, in dem auch die ausländischen Maurer untergebracht sind, hat die Stadt den Baugewerksmeistern zur Verfügung gestellt. Es steht unter ständigem polizeilichen Schutz. Am Montag wurden die Budapester Zimmerleute bereits auf die verschiedenen Bauten zur Arbeit geführt. Schutzmänner bringen sie zur und holen sie von der Arbeitsstätte.

Man scheint wenig Vertrauen zu den lieben Arbeitswilligen zu haben, da man es für nötig hält, sie unter eine so strenge polizeiliche Bewachung zu stellen.

Achtung, Putzer! Auf dem Kasernenbau in Treptow (ausführende Maurermeister: Hennig und Heuer) sind Differenzen ausgebrochen, welche sämtliche dort arbeitenden Kollegen (auch Mitglieder der Freien Vereinigung) zwangen, die Arbeit niederzulegen. Wir bitten deshalb alle Kollegen, hiervon Notiz zu nehmen und jene Baustelle bis auf weiteres zu meiden.

Die örtliche Verwaltung der Sektion der Putzer.

Achtung! Vergolder. Bei der Firma Elischke, Weißensee, Königs-Chaussee, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Rammer! Bei der Firma Butt u. Gabronski in Spandau haben am Montag die Rammer die Arbeit niedergelegt, um den im Frühjahr aufgestellten Lohntarif zur Durchführung zu bringen. Zuzug ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung im Hamburger Baugewerbe. Der die Aussperrung aufhebende Beschluß des Vier-Städte-Bundes, den wir gestern kurz mitteilten, lautet:

„Nachdem die Lohn- und Arbeitskarte der Baugewerks-Innung „Bauhütte zu Hamburg" von der Gesellenschaft als zu Recht bestehend anerkannt ist, und nach den Erklärungen des Gesellen-Ausschusses in der gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Innungsvorstande am Freitag, den 25. Juli 1902, sämtliche sogenannte Sperren seitens der Zimmergesellen und Maurergesellen aufgehoben und somit von der Gesellenschaft erwartet wird, daß neue Forderungen, Sperren oder Streiks in den Orten des Vier-Städte-Bundes nicht herbeigeführt werden — beschließt die Versammlung des Vier-Städte-Bundes:

Es soll ab Dienstag, den 29. Juli 1902 die Arbeit wieder frei gegeben sein mit der Maßgabe:

a) Auf Besetzung der früher gesperrten Baustellen wird, da solche anderweitig besetzt sind, seitens der Innung verzichtet.

b) Gesellen werden lediglich durch den Arbeitsnachweis der betreffenden Innung in Arbeit gestellt.

c) Die Zuziehung fremder Gesellen durch die Innungen wird eingestellt; jedoch sind die in Arbeit befindlichen und zur Zeit auswärts angeworbenen Gesellen den zu Grunde liegenden Arbeitskontrakten gemäß voll zu beschäftigen.

d) Jedwede Agitation, Delegierten-Kontrolle, Aufhetzung oder Verrufserklärung hiesiger oder fremder Gesellen — vorzüglich auf den Baustellen, Arbeitsplätzen und Baubuden — sind bei sofortiger Entlassung untersagt. Aus vorstehenden Gründen Entlassene werden im Bereiche des Vier-Städte-Bundes nicht wieder in Arbeit gestellt.

e) Arbeitsnachfrage an Arbeits- und Baustellen ist verboten, ebenso das Betreten der Arbeitsstätten seitens Nichtbeschäftigter."

Zu diesem Beschluß wird dem „Hamb. Echo" mitgeteilt, daß es dem Gesellenausschuß gar nicht eingefallen ist, in der Sitzung mit der Innung am 25. Juli die Lohn- und Arbeitskarte der Baugewerks-Innung für dieses Jahr als zu Recht bestehend anzuerkennen. Der Gesellenausschuß hat seine Zustimmung zu dem Innungstarif nur unter der Bedingung gegeben, daß der Innungsvorstand sich dazu herbeiließe, sofort mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln und Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr festzusetzen.

Da der Innungsvorstand es abgelehnt hat, antragsgemäß schon jetzt mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln und Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr festzusetzen, fällt die Erklärung: Der Gesellenausschuß habe seine Zustimmung zu der Lohn- und Arbeitskarte der Baugewerks-Innung für dieses Jahr gegeben, in sich selbst zusammen.

Eine solche Erklärung abzugeben, die einer völligen Kapitulation gleichgekommen wäre, hatte der Gesellenausschuß auch keinen Grund.

Am Mittwochabend werden die von der Lohnbewegung berührten Arbeiterkategorien, und zwar diesmal Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, in einer gemeinschaftlichen Versammlung Stellung zu der Innungserklärung nehmen.

Vom christlichen Gewerkschaftszwist. Mit dem Ausschluß der Gruppe Wieber aus dem Gesamtverband haben sich Brust und seine Freunde zahlreiche Gegner im eignen Lager geschaffen. Gegen den betreffenden Beschluß des Münchener Kongresses hat kürzlich auch das christliche Ortskartell in Osnabrück Protest erhoben und erklärt, daß es diesen Beschluß nicht respektieren sondern nach wie vor mit der ausgeschlossenen Organisation verkehren werde. Sollte der Beschluß nicht aufgehoben werden, so heißt es in der angenommenen Resolution, dann hätten die christlichen Arbeiter kein Recht, sich über Terrorismus seitens andrer Organisationen zu beklagen.

Aus der Frauenbewegung.

Das Versammlungsrecht der Frauen in Bayern.

Das neue bayrische Vereinsgesetz gestattet den großjährigen Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen, wenn diese nicht Versammlungen politischer Vereine sind; dieses Recht wird den Frauen jedoch durch die von der Rechtsprechung beliebte Definition des Begriffes „politischer Verein" stark verkümmert. Das Landgericht Nürnberg hat am 28. Juli in einem solchen Falle wieder ein Urteil ausgesprochen, das dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht recht einleuchten will. Der Hergang ist kurz folgender:

Am 17. November 1901 fand in Ochenbruck eine Volksversammlung statt, in der Etzinger-Nürnberg über die politische Lage referierte. Einberufen und Leiter war der Schlosser W. Huber-Nürnberg. Der Versammlung wohnte die Fabrikarbeitersfrau Bab. Koch bei, deren Ausweisung der überwachende Gendarm forderte. Huber weigerte sich unter Berufung darauf, daß die Versammlung keine Vereinsversammlung, sondern eine öffentliche sei. Der Gendarm machte Anzeige, das Amtsgericht Altdorf lehnte indessen die Strafverfolgung ab. Auf Beschwerde des Amtsanwalts ordnete das Landgericht Nürnberg die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Huber und Frau Koch an. Vom Schöffengericht Altdorf wurden beide freigesprochen. Der Amtsanwalt legte jedoch Berufung beim Landgericht Nürnberg ein, das nun Huber zu 12, Frau Koch zu 3 M. Geldstrafe verurteilte.

Famos ist die Begründung des Urteils. Der Zeuge Herrmann, früher Sekretär des Socialdemokratischen Vereins Nürnberg, hatte eidlich bekundet, daß Huber vom Verein keinen Auftrag hatte, die Versammlung einzuberufen, sondern aus eigner Initiative handelte. Alle Vereinsversammlungen werden von der Vorstandschaft beschlossen und der Sekretär hat die Vorarbeiten zu besorgen. Keiner dieser Umstände liegt hier vor. Aber trotzdem nimmt das Gericht an, daß Huber im Auftrage des Vereins handelte und eine Versammlung des Socialdemokratischen Vereins einberief, und zwar aus folgenden Gründen: „Huber ist Mitglied des Vereins, ebenso war der Referent Etzinger früher Mitglied; in der „Fränk. Tagespost" wurde zur Versammlung eingeladen und dieses Blatt ist das Vereinsorgan des Socialdemokratischen Vereins. Für die Annonce wurde nichts berechnet, was nicht geschehen wäre, wenn Huber als Privatperson gehandelt hätte. Huber hat in der Versammlung Formulare zur Beitrittsanmeldung zum Socialdemokratischen Verein verteilt und Mitglieder zu werben gesucht, ebenso hat er Parteibroschüren verteilt.

Ferner hat er in andren Versammlungen, wo er als Einberufer fungierte, zum Ausbau der politischen Organisation aufgefordert; er hat also, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch stillschweigend die Geschäfte des Vereins besorgt, und der Verein war auch mit seinem Vorgehen einverstanden. So wurde die Vereinsversammlung mit Umgehung des Gesetzes zu einer Volksversammlung gemacht."

Das ist königlich bayrische Rechtsprechung. Nach dieser Methode kann man auch beweisen, daß Huber mit Adam und Eva blutsverwandt ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Lage der Boeren.

London, 29. Juli. (W. T. B.) Unterhaus. Bei der Beratung des Etats für das Kolonialamt wünscht Campbell Bannerman Aufklärung über einige Punkte hinsichtlich Südafrikas. Er freue sich die bisher feindlichen Boeren freundschaftliche Gefühle bekunden zu sehen; er bitte aber um Aufschluß über die wirkliche Lage der Boeren, welche noch vor kurzem gegen England in Waffen standen. Er bezweifle, daß es angebracht sei, die Boeren, welche die Leistung des Unterthaneneides verweigern, zu bestrafen und halte es für besser, ihnen ein Beispiel von der Milde des Königs zu geben. Er erbitte sodann Aufklärung über einige weitere Gegenstände und warnt die Regierung vor einer Ansiedelungspolitik aus politischen Gründen zu dem Zwecke, die Holländer an Zahl zu übertreffen. Die beste Lösung dieser Schwierigkeit seien gute Nachbarschaft, kaufmännische und industrielle Beziehungen, die durch Heirat geknüpften Bande der Familie und Gemeinsamkeit der Interessen. Als Chamberlain sich hierauf erhebt, um zu antworten, wird er mit lautem Beifall begrüßt. Er sagte u. a.: Eine schwierigere Aufgabe habe der Regierung niemals vorgelegen als gegenwärtig in Südafrika Ordnung zu bringen in das Chaos, die Feindseligkeiten der Vergangenheit zu begraben und dem Lande Wohlfahrt zu geben, wie sie, das getraue sich die Regierung zu versichern, das Land in seiner Vergangenheit niemals genossen habe. Zu diesem Zwecke sei es notwendig, eine neue Verwaltung einzurichten, Gerichtshöfe einzusetzen, einen großen Teil der Bevölkerung in die Heimat zurückzuführen, den englischen Ansiedlern, die während des Krieges geflüchtet waren, ihr Heim wiederzugeben, ein allen gerecht werdendes System der Besteuerung einzuführen usw. Zur Erreichung dieser Ziele bitte die Regierung um die Unterstützung der Opposition. Die Proklamation betreffend die Konfiskation des Eigentums sei von den Boeren, die bereits früher die Waffen niedergelegt hatten, als berechtigt anerkannt worden. Die Beendigung des Krieges habe die Lage gänzlich geändert. Die Regierung habe sich jedoch das sehr wirksame Mittel vorbehalten, Personen, die sich infolge ihrer Handlungsweise als unerwünschte Unterthanen zeigten, die Rückkehr zu verweigern oder sie auszuweisen. Die Regierung beabsichtige nicht, die Loyalität des Landes durch irgend welche Intrigue untergraben zu lassen. (Beifall.)

Im Laufe der Debatte erklärt Chamberlain noch in Beantwortung mehrerer Fragen, er teile den während der heutigen Beratung geäußerten Wunsche, daß die königliche Gnade im weiteren Maße auf die unter dem Kriegsrecht ergangenen Urteile Anwendung finde, doch seien auch Fälle vorhanden, in denen Urteile wegen Ausschreitungen schlimmster Art ergangen sein. In der Herbsttagung werde die Regierung die Bewilligung einer Anleihe für Ausrüstungszwecke beantragen.

Antiklerikale Demonstrationen in Italien.

Venedig, 29. Juli. (W. H.) Anläßlich der hier stattgefundenen Wahlen zum Munizipalrat, welche mit dem Siege der Gemäßigt-Klerikalen endeten, wurden Demonstrationen vor der Residenz des Patriarchen veranstaltet. Die Demonstranten, welche Trikoloren mit sich führten, brachen in Schmährufe auf den Patriarchen aus, wobei es zu mehrfachen Zusammenstößen kam. Die Polizei mußte einschreiten und nahm mehrere Verhaftungen vor.

In Rovigo, wo gleichfalls die gemäßigten Klerikalen gesiegt haben, kam es ebenfalls zu Demonstrationen. Die Volksmenge zog vor das Haus des klerikalen Führers Casalini und zertrümmerte die Fensterscheiben, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Casalini, welcher drohte, auf die Menge zu schießen, mußte flüchten. Auch bei den übrigen klerikalen Führern wurden die Fenster eingeworfen, ebenso in der Redaktion des klerikalen Blattes.

In Padua wurden die Kandidaten der vereinigten Demokraten und Socialisten, in Treviso die der gemäßigten Klerikalen gewählt.

Anarchistengesetz in Argentinien.

Buenos Aires, 29. Juli. (W. H.) Angesichts der immer größer werdenden anarchistischen Kolonien in Argentinien hat die Regierung beschlossen, ein Specialgesetz, betreffend die Behandlung der Anarchisten einzubringen. Es soll hauptsächlich gegen die Ausländer gerichtet sein, welche die Sicherheit des Staates durch Theorie und Praxis gefährden.

Grubenexplosion.

Saarbrücken, 29. Juli. Auf der Grube „Camphausen" fand heute eine Explosion schlagender Wetter statt, durch die 12 Bergarbeiter verunglückten. Ein Bergarbeiter wurde getötet, zehn schwer verletzt und ins Lazarett gebracht, ein Leichtverletzter konnte sich ohne Hilfe nach Hause begeben. Die Direktoren Hilger und Schanz begaben sich in die Grube, um den Unfallort zu befahren.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 175. 19. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Mittwoch, 30. Juli 1902.

Eisenzölle.

92. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 29. Juli.

Die Debatte über die Eisenzölle wird fortgesetzt.

Beumer beugt dem Vorwurf vor, daß er Anträge eingebracht habe, um die Verhandlungen aufzuhalten. Der „Marmorblock" müsse doch ausgemeißelt werden. Was habe sich seit 1879 geändert? Mit Freuden konstatiere er mit Bernstein und Gothein, daß die Technik in der deutschen Eisenindustrie stark fortgeschritten sei. Aber das sei auch in andern Ländern der Fall. Gothein scheine die Amerikaner für gemütsreich zu halten, der Redner kenne aber keine rücksichtsloseren Menschen als die Yankees, die Deutschland immer stärkere Konkurrenz machten. „Wir müssen uns nach dem Weltmarktpreis richten, wenn wir unsre Arbeiter nicht hungern lassen wollen." Auch die Ausdehnung der technischen Betriebe verlange Fortführung der Produktion, man dürfe sie nicht zurückgehen lassen. Eine gewisse Ueberproduktion sei eingerissen, daran trügen aber auch die Konsumenten schuld, die während der günstigen Konjunkturen ihren Bedarf bei 4—5 Betrieben angemeldet hätten. Mitte der siebziger Jahre, als der Roheisenzoll aufgehoben war, trat die „Ruhe des Kirchhofes" ein, von der Graf Posadowsky gesprochen hat. Damals hat uns dann eine vernünftige Schutzzoll-Politik, wie sie 1878/79 inauguriert wurde, von dieser Stagnation befreit. Es werde behauptet, Deutschland könne auf den ausländischen Tiegelstahl nicht verzichten, aber der deutsche Werkzeugstahl sei ebenso gut. Arbeitern, die gesagt hätten, mit deutschem Werkzeugstahl könnten sie nicht arbeiten, weil er „springe", habe man englischen als deutschen Stahl gegeben, da sei der gleiche Ausspruch gefallen; aber als man ihnen deutschen Stahl unter englischer Marke gegeben habe, da wäre der deutsche Stahl von denselben Arbeitern als vorzüglich bezeichnet worden. (Zuruf: Geschichten!) Die „Freisinnige Zeitung" habe geschrieben, wenn die Anträge der Socialdemokraten auf Zollfreiheit angenommen würden, kämen die Arbeiter an den Bettelstab. Und das Organ der Hutmacher habe sich unwillig über die socialdemokratischen Vertreter in der Zollkommission ausgesprochen, weil sie für die Hutbranche Zollfreiheit beantragt hätten. Redner ersucht, den Zoll von einer Mark auf Roheisen bestehen zu lassen.

Fischbeck wendet sich gegen die Vorlage, die eigentümlich argumentiere und operiere; sie gebe Ziffern von 1872 an, ohne die thatsächliche Entwicklung der Lage des Eisenmarktes und der Eisenindustrie zu berücksichtigen. Redner polemisiert dann gegen Beumer. In den Handelsverträgen aller Staaten zeige sich, daß man damit rechne, daß Deutschland den Weltmarkt bezüglich des Eisens beherrsche. Aber an der Lage im Innern trage die Produktion selbst die Schuld. An das Ausland sei billiger verkauft worden, als im Inlande; so enge man den Konsum im Inlande ein. Was Beumer über Arbeiteraussprüche bezüglich deutschen und englischen Werkzeugstahls gesagt habe, mache den Eindruck von Fabeln. Wenn man die Situation übersehe und die Stimmung in denjenigen Bezirken kenne, die in der Eisenindustrie Bedeutung haben, Solingen, Remscheid 2c. 2c., dann müsse man den Zeitpunkt als gekommen erachten, in der der Eisenzoll fallen müsse.

Eickhoff wendet sich ebenfalls gegen Beumer und meint, die Zollerhöhung des Antrags Beumer bezüglich des Tiegelstahls bedeute die Ausschließung des für uns unentbehrlichen ausländischen Materials. Es sei thöricht, zu behaupten, die deutsche Industrie werde ruiniert, wenn der Zoll fiele. Von unsrer Kleinindustrie werde der 4 bis 5 fache Wert exportiert, als von der Großindustrie. Wenn die Kleinindustrie im Bergischen Lande noch nicht von der Großindustrie aufgesogen sei, so liege das an der Eigenart der Kleinindustrie, die die hohe Intelligenz der kleinen Gewerbetreibenden in Anspruch nehme und finde. Die Bergischen Fabrikanten wollen selbständig bleiben und sich nicht von der Großindustrie kaput machen lassen, darin müssen wir sie unterstützen. Das könne durch Zollfreiheit geschehen.

Preußischer Handelsminister **Möller** erwidert Bernstein, daß die Aufhebung des Roheisenzolls anfangs der siebziger Jahre geradezu ein Nagel zum Sarge der Eisenindustrie gewesen sei. Noch nie habe ein Parlament einen größeren Fehler gemacht. Wenn die Preise von Kohlen und Roheisen niedrig stehen, seien auch die Löhne der Arbeiter niedrig. In der Zeit, in der die Schutzzollpolitik die Preise geschützt habe, seien auch die Arbeiterlöhne — Redner führt die Bergarbeiter-Löhne an — gestiegen. Die Werkzeug-Industrie habe sich stark entwickelt und verarbeite viel deutschen Stahl. Man thue darum gut daran, es bei dem gegenwärtigen Zustande zu belassen. Deutschland stünde noch in der **Entwicklung eines Niederganges,** deshalb könne man auch nicht auf die Zollfreiheit zu sprechen kommen. Durch die Zufälligkeit, daß Amerika in der Zeit, als bei uns die Krise eintrat, gerade einen Aufschwung zu verzeichnen hatte und uns die aus der Ueberproduktion stammenden Eisenwaren in großem Maßstabe abnahm, wurden wir vor Schlimmerem bewahrt. Die Fehler, die die Syndikate gemacht haben, könne man nicht als Grund für Zollfreiheit anführen; führten wir Zollfreiheit ein, dann würde die zu erwartende Depression in Amerika uns um so härter treffen. Auch aus handelspolitischen Gründen müsse der Zoll beibehalten werden. Wenn wir zur Herabsetzung der Zölle kommen, dann nur, **wenn die Syndikate neuen Mißbrauch treiben.** Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt der verbündeten Regierungen, die mit Recht annehmen, daß die Verhältnisse der letzten zwei Jahrzehnte glückliche gewesen sind nicht bloß bei der Roheisen-Industrie. Lassen Sie uns nicht an den Grundlagen rütteln, die dies geschaffen haben; deshalb ersuche ich, die Vorlage anzunehmen.

Graf **Kanitz** folgert aus der Entwicklung der Eisenindustrie, für die er Zahlen anführt, daß dieser Aufschwung der Schutzzollpolitik zu danken sei. Ein Gewerbe habe allerdings nicht an dem Aufschwung partiziperi, das sei die Landwirtschaft. Auf die Ursache dieser Ausnahme wolle er hier nicht näher eingehen. Es sei von der Gefahr der Syndikate geredet worden, aber das Morgansche Syndikat übertreffe doch alles; mit den ausländischen Syndikaten müsse gerechnet werden. Er glaube nicht, daß man ihrer Konkurrenz gewachsen sei. Wir stünden mit unsrer Produktion bezüglich der Tonnenzahl jetzt an zweiter Stelle. Von der Zollbeseitigung werde wohl das Roheisen-Syndikat getroffen, aber viel mehr noch die ganze Eisenindustrie. Außerdem käme eine derartige Maßnahme den ausländischen Syndikaten zu statten. Beumer habe die Syndikate in Schutz genommen, aber sie hätten doch schädlich gewirkt. Wir sollten thun, was wir können, um den Mißbräuchen der Syndikate entgegenzuwirken, das Parlament habe diese Aufgabe. Aber man dürfe mit etwaigen Maßnahmen unsre Produktion nicht treffen. Was die Verfrachtung anlange, so wollten er und seine Freunde zwar keine Kanäle, aber dafür seien sie für größtmöglichsten Ausbau der Eisenbahnen, Legung von mehr Geleisen 2c., um den Industrieverkehr zu fördern. Besonders vorteilhaft würden Tarifermäßigungen für die Industrie im allgemeinen wirken. Er, Redner, sei nicht für Herabsetzung der Zölle und werde vermutlich für alle Sätze der Regierung in der ersten Lesung stimmen. **Allerdings dürfe die Eisen- und Stahlindustrie in eine noch bevorzugtere Lage gegenüber andren Gewerben nicht gebracht werden.** Uebrigens könne er überhaupt hier nur für seine Person sprechen und müsse abwarten, welches Gesicht der Zolltarif endlich zeigen werde, um eventuell feste Stellung im Plenum dazu nehmen zu können.

Stöhel (C.) hätte nicht geglaubt, daß die Debatte über diesen Punkt so umfangreich sich gestalten werde. Man sage, der Roheisenzoll habe erzieherisch gewirkt, man brauche ihn nicht mehr. Aber so einfach liege die Sache nicht. Schädige man durch Zollherabsetzungen die Eisenindustrie, dann würden Arbeiter brotlos, auch Kohlenbergleute, sowie Arbeiter in den Kalksteinbrüchen. Wenn Beumer aus socialdemokratischen Zeitungen Aeußerungen von Arbeitern verlesen habe, die unwillig sind, daß die socialdemokratischen Vertreter in der Kommission für Zollfreiheit stimmen, die die Arbeiter der betreffenden Branche schädige, so begreife er das. Die Arbeiter hätten ein Interesse daran, daß die Industrie die Zölle behalte.

(Das betreffende Blatt ist die Nr. 28 des „Korrespondent", Organ der Hutmacher.)

Hahn erklärt, die alten Zölle hätten der Eisenindustrie die Möglichkeit gegeben, große Profite aus dem Konsum im Inlande zu ziehen. Käme sie nun mit der Bitte: Schützt uns vor der amerikanischen Konkurrenz, gebt uns entsprechende Zölle! — so könnte man **den Wunsch nur gewähren, wenn auch andren Gewerben, zum Beispiel der Landwirtschaft, der gleiche Schutz gewährt werde.** Aber die Landwirtschaft, als gute Konsumentin von Eisen, könne **im gegenwärtigen Stadium** der Verhandlungen nicht ohne weiteres dem Mark-Zoll auf Roheisen zustimmen. Darum werde er, Redner, auch **im gegenwärtigen Stadium** für **Herabsetzung stimmen.**

Gothein: Es war ja sehr interessant, von den Herren Graf Kanitz und Diedrich Hahn zu hören, wie sie den Kuhhandel mit den Eisenzöllen weiter treiben wollen. Es kommt also nur noch darauf an, was den Agrariern geboten wird. Redner wendet sich dann gegen Einzelausführungen der betr. Abgeordneten. Das Verhältnis der Jahre 1878/79 treffe heute nicht mehr zu, die angeführten Zahlen jener Zeit seien heute nicht beweiskräftig. Es sei auch nicht richtig, daß die Partei des Grafen Kanitz für den Ausbau der Eisenbahnen und die Ermäßigung der Tarife eingetreten sei. Der offizielle Führer im preußischen Abgeordnetenhause, Graf Limburg-Stirum habe sich dort sogar für Erhöhung der Personen- und Frachttarife erklärt. Das gute Herz des Grafen Kanitz ändere daran nichts. Beumer erwidere er, dort, wo es keine Schutzzölle gebe, sei der Preis im Inlande derselbe wie im Auslande, dort gebe es auch keine Schleuderpreise für das Ausland und hohe Preise für das Inland. Bestätigen wolle er, daß die Syndikate im Anfang mäßigend gewirkt hätten, aber die günstige Konjunktur sei ihnen dann zu Kopfe gestiegen. Natürlich lief die Preistreiberei der Händler nebenher. 1874 seien durch den Rückgang ca. 3000 Arbeiter brotlos geworden, man solle nur nicht übertreiben. In jener Zeit wich die Einfuhr viel stärker zurück als die Ausfuhr, weil eben der Konsum im Inlande sank. Der Minister meinte, die niedrigen Löhne seien Begleiterscheinungen niedriger Preise. Das treffe nicht immer zu. Redner erklärt die Konjunkturen der Eisenindustrie, die mit dem schnellen Ausbau der Eisenbahnen zusammenhingen. Bei dieser günstigen Konjunktur gewannen die Kohlenwerke, die wieder neue Maschinen brauchten; andre Industrien participierten ebenfalls an dem Aufschwung; aber dann mußte der Umschlag kommen, als man langsamer im Eisenbahnbau vorging. Auch der englische Bedarf kam der deutschen Eisenindustrie zu gute. England sei auch gegenwärtig der beste Abnehmer Deutschlands, das möchte er dem Handelsminister bemerken, der die Eisenindustrie in Abhängigkeit vom amerikanischen Bedarf habe bringen wollen. Auch die Schweiz, Rußland und Italien seien stärkere Abnehmer deutscher Eisenprodukte geworden. Günstige Handelsverträge und gute Verkehrsbeziehungen hätten dazu mitgewirkt. Beumer habe auf Aktienkurse hingewiesen, aber diese unterlägen der Spekulation.

Redner sei ja auch nicht für völlige Beseitigung der Zölle, nur für Herabsetzung, damit den Syndikaten die Möglichkeit wilder Spekulationen entzogen werde. Es sei sehr zweifelhaft, ob der Zoll handelspolitische Vorteile biete. Die Frachtverhältnisse lägen ungünstig für die Ausfuhr. Beumer und der Handelsminister hätten mit keinem Worte begründet, warum der Zoll gerade 1 M. betragen müsse. Redner erörtert dann, daß sogar bei einem Preis von 50 M. auf dem Weltmarkt die Industrie nicht zu Grunde gehe; der Zoll von 1 M. ändere an diesem Tiefstand nicht viel. Für Zollfreiheit könne er aber deshalb nicht eintreten, weil die Preise für Lebensmittel erhöht worden seien, sonst würde die Industrie noch mehr geschädigt.

Die **Socialdemokraten** stellen folgenden **Eventualantrag:**

Die Kommission wolle beschließen: für den Fall der **Annahme** des in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen oder eines andren Zollsatzes zu **Position 777** folgender Anmerkung zustimmen zu wollen:

Anmerkung. Der Bundesrat ist verpflichtet, den **Zollsatz außer Kraft** zu setzen, sobald von Firmen, die dem **Eisenkartell** angehören, Roheisen und nicht schmiedbare Eisenlegierungen für das Ausland **unter dem für das Inland festgesetzten Preis verkauft** werden.

Der **Vorsitzende** bemerkt, ein ähnlicher Antrag sei zum Tarifgesetz gestellt und abgelehnt worden, er glaube nicht, daß über den Antrag jetzt debattiert werden könne.

Stadthagen erwidert, damals habe man gesagt, zum allgemeinen Teil resp. zum Gesetz könne ein derartiger Antrag nicht gestellt werden, darum sei er heute zu den Special-Positionen eingebracht.

Nach weiteren Bemerkungen **Hahns** und **Bernsteins** wird die Diskussion über den Antrag mit der laufenden Diskussion verbunden.

Bernstein: Alle bisherigen Ausführungen bewiesen, daß die hochentwickelte deutsche Eisenindustrie den Zoll als Schutz nicht benötige. Träte eine Kalamität ein, wie sie der Handelsminister an die Wand malte, dann sei der Zoll von 1 Mark zu niedrig. (Hört! hört! rechts.) Ich halte den Zoll überhaupt für das ungeschickteste Hilfsmittel, er ist geeignet, die Industrie zu zerstören. Würde die amerikanische Konkurrenz uns mit den unerhörtesten Mitteln Waren zu Schleuderpreisen auf den Hals werfen, hülfe kein Zoll; höchstens die energische Maßregel eines strikten Einfuhrverbotes könnte dann vielleicht wirken. Redner exemplificiert auf ähnliche englische Vorgänge. Mit unsrem Eventualantrag wollen wir verhindern, daß das konsumierende inländische Publikum geschröpft wird, während die Industriekartelle im Ausland schleudern. Durch die Kartelle im Inland könne die Krisis verlängert werden. Sondervorteile, die hohe Dividenden sichern, dürfen einer Industrie nicht gewährt werden.

Beumer habe mit seinen Geschichten über den Tiegelstahl Einzelfälle zu verallgemeinern gesucht, das sei nicht maßgeblich. Wenn ein solcher Arbeiter existiere, habe er sich nicht klug gezeigt. Gegenüber den Angaben Beumers über Arbeiter, die sich durch Anträge auf Zollfreiheit geschädigt fühlen, könne er den Brief eines Arbeiters vorlegen, der sich principiell mit der Haltung der socialdemokratischen Vertreter einverstanden erkläre. **Es verständen auch Arbeiter nicht immer ihre Interessen gut zu vertreten und seien in verkehrten Anschauungen befangen. Wegen einer Specialgruppe können wir nicht von dem Grundsatze völliger Handelsfreiheit abgehen.** Durch Handelsfreiheit werde die Roheisenindustrie nicht geschädigt, die Arbeiter dieser Industrie hätten also keine Nachteile zu befürchten. Redner giebt an der Hand von Zahlen Einblick in die Arbeiter-Verhältnisse der Roheisen-Industrie. Für Deutschland komme in Betracht, daß seine Gesamt-Industrie in günstige Lage zum Auslande komme, da könnten die Wünsche einer einzelnen Arbeitergruppe nicht ausschlaggebend sein. Allerdings sei der Rückgang der Löhne eine Ursache zum Rückgang der Industrie. Das sollte von den Industriellen berücksichtigt werden.

Heute seien die Agrarier andrer Ansicht, als in den siebziger Jahren. Er, Redner, erinnere sich sehr gut, wie die von Mark Anton Riendorf redigierte „Deutsche Landes-Zeitung", ein Organ der Agrarier, 1877/78 ein Bild brachte, das einen gefüllten Geldschrank mit einem davor stehenden Unternehmer zeigte, darunter die Worte:

Gold bringt der Hand keinen Schmutz,
Wir schwärmen für Zollschutz;
Er füllt uns die Kassen
Auf Kosten der Massen.

Heute handelten die Agrarier ebenso. Er, Redner, halte es für eine grundlose Befürchtung des Staatssekretärs, der da meinte, Zollfreiheit bringe die Ruhe des Kirchhofes, vielmehr werde die Handelsfreiheit den Verkehr zwischen den Völkern zu deren Wohlfahrt steigern. Das Feilschen mit dem Zolltarif um Handelsverträge bedeute eine ungeheure, nutzlose Kraftverschleuderung. Mit dem do ut des, das mit dem Zolltarife getrieben werde, könne man zu einem **gegenseitigen Betrügen der Völker.** „Wenn Sie zu derjenigen Handels- und Verkehrspolitik übergehen, die wir befürworten und die bei der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse der Gegenwart die einzig angemessene ist und die sich schließlich mit Notwendigkeit durchsetzen wird, dann werden auch die Beamten des Reichsamts des Innern nicht mehr die große Mühe und Arbeit haben, über die Graf Posadowsky Klage führte, dann wird in den betreffenden Aemtern die Ruhe des Kirchhofs herrschen. Mit Schiller sage er, Redner: Diese Ruhe gönne ich den Flamändern."

Graf **Posadowsky** betont dem Vorredner gegenüber, die Lage sei augenblicklich so, daß man ohne Kompensationen nicht auskommen könne. Er sei mit Bernstein einverstanden, daß im außerordentlichen Falle immer noch das Mittel eines Einfuhrverbotes übrig bliebe. Aber es trage die Gefahr des Zollkrieges in sich. Redner wendet sich dann gegen Gothein, der die amerikanischen Verhältnisse nicht zutreffend geschildert habe. Ferner geht er auf die Situation der siebziger Jahre und die Entwicklung des Eisenmarktes ein. Es bestehe keine Garantie, daß auch in andren Ländern eine Ueberproduktion entstehe und dann Deutschland schädige. Der Vorsprung, den Deutschland auf dem Eisenmarkt habe, könne von andren Ländern eingeholt werden; auch sie könnten mehr feinere Waren ausführen. Aus Zahlen sucht Redner zu beweisen, daß der Schutzzoll außerordentlich günstig für die deutsche Eisenindustrie gewirkt habe. Dann citiert er einige Sätze aus dem Werke Schippels: „Grundzüge der Handelspolitik", um den Zoll als nötig zur Verbesserung der Lage der Arbeiter hinstellen zu können.

Speck (C.) will den Antrag Gothein unterstützen. Die Eisenindustriellen hätten Glück. Heute, wie in den 70er Jahren nutzten sie die vorübergehende Krise zur Durchdrückung ihrer Wünsche aus. Die Anträge der Socialdemokraten auf Zollfreiheit würden dagegen den Ruin der Industrie herbeiführen. Die Syndikate seien allerdings nicht geeignet, gesunde Verhältnisse herbeizuführen. Redner ergeht sich dann in Vermutungen über die Verhandlungsart in der zweiten Lesung.

Letocha (C.) will wohl gegen den Antrag Beumer stimmen, aber die Vorlage unterstützen. Redner bespricht schlesische Verhältnisse.

Herold (C.) erklärt sich mit der Regierungsvorlage bezüglich der Eisenzölle im großen und ganzen einverstanden. Er wolle der Eisenindustrie einen angemessenen Schutz gewähren. Kompensationszwecke bewegten ihn außerdem dazu. Würden ferner bei diesem Abschnitt weitere Differenzpunkte mit der Regierung geschaffen, dann wüchsen die Schwierigkeiten, den Tarif zu stande zu bringen, das wolle er vermeiden. Aber sein Wunsch sei es, daß die von der Kommission beschlossenen landwirtschaftlichen Zölle bestehen bleiben. Zwar seien diese Zölle höhere, als die industriellen Zölle, aber die Landwirtschaft bedürfe auch höheren Schutzes. Allerdings verkauften manche Fabrikanten billiger an das Ausland als im Inlande, aber sie müßten das thun, damit sie alle ihre Arbeiter weiter beschäftigen könnten.

Franken (nationalliberal) erinnert sich, daß mit der Einführung des Zolltarifs die Industrie sich gehoben habe. Darum müßten die Zölle hochgehalten werden, bis einmal günstigere Verhältnisse einträten. Für den Antrag Beumer könne er nicht stimmen, außerdem der Antrag erhalte eine andre Form.

Müller-Sagan erwidert Bernstein, bei der Hutindustrie werde die Konkurrenz durch den Gewichtszoll gefördert, deshalb seien auch Arbeiterkreise für den Stückzoll.

Ein Schlußantrag Arendts wird angenommen.

In der Abstimmung werden die Positionen 777, 784 und 843 **nach der Vorlage angenommen.** Die **Anmerkung Bernstein und Genossen** wird **abgelehnt.**

Schluß 2 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Lokales.

Achtung! 2. Wahlkreis! Parteispedition!

Parteigenossen! Wie in jüngster Zeit bekannt gegeben, wird der „Vorwärts" und sonstige Parteiliteratur vom 1. August d. J. ab in eigner Parteispedition ausgegeben.

Wir ersuchen nun alle diejenigen Parteigenossinnen und Genossen, von denen die ausgegebenen Listen noch nicht abgeholt worden sind, oder die, welche es bisher versäumt haben, bei der Parteispedition zu abonnieren, dies unverzüglich zu thun bei dem Parteispediteur Hermann Werner, jetzt wohnhaft Steinmetzstraße 29, Hof 4. Etage, vom 1. August ab Mittenwalderstraße 30, vorn parterre.

Weiter sei dringend darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, daß alle die Leser, welche bei der Parteispedition abonniert sind, bei ihrem bisherigen Spediteur abbestellen. Ausgenommen hiervon sind die bisherigen Abonnenten der Spediteure Ohnesorge, Bergmannstr. 23, und Zolchow, Zossenerstr. 13.

Alle Anfragen 2c., die Parteispedition betreffend, sind zu richten an die unterzeichnete Kommission und an die Vertrauensleute.

Die Kommission.

Rich. Reimann, Urbanstr. 129, Laden. Obmann. Otto Witte, Arndtstraße 17. August Seifert, Fidicinstraße 16, Quergebäude 4 Tr. Jul. Michaelsen, Mariendorferstr. 16, Hof 2 Tr. Joseph Lohrmann.

Die Vertrauensleute.

Paul Scholz, Zossenerstr. 1, parterre. Gustav Schmidt Rostigstr. 43, Hof parterre.

Die juristische Sprechstunde des „Vorwärts" am Donnerstag wird umständehalber von **7—½9 Uhr** abends abgehalten.

Der rätselhafte Tod des Kohlenhändlers Gustav Ackermann, über den wir in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" berichteten, harrt noch immer der amtlichen Aufklärung. Trotzdem der mysteriöse Vorfall durch Uebergang in die Berliner Lokalpresse bereits der weitesten Oeffentlichkeit übermittelt worden ist, schweigt sich sowohl die Polizeibehörde, als die Verwaltung der Stadtvogtei, als auch die Direktion der Irrenanstalt Herzberge einfach darüber aus. Weder der Witwe des Verstorbenen, noch der Presse ist bis jetzt eine behördliche Erklärung darüber zugegangen, weshalb man der ersteren die urplötzliche, äußerst befremdende „Geistesstörung" des Mannes, sowie dessen kurz darauf erfolgten Tod in der Irrenanstalt zu Herzberge so lange verschwieg, bis die Frau schließlich infolge der selbst angestellten Nachforschungen Kenntnis von den bloßen Thatsachen erhielt. Von einer dem Magistrat nahestehenden Seite wird zwar offiziell behauptet, an die Frau sei eine rechtzeitige Mitteilung abgegangen; jedoch entspricht dies nicht der Wahrheit. Als die Frau sich auf dem Polizeibureau ihres Bezirks erkundigte, ob vielleicht dort eine amtliche Mitteilung über den Verbleib ihres Mannes vorliege, erklärte ihr der diensthuende Polizeileutenant,

daß er trotz eifrigster Durchsuchung aller eingelaufenen Depeschen eine derartige Nachricht nicht finden könne. Auch über die näheren Umstände der Erkrankung und des Todes verlautete amtlich noch nichts. Wahrhaftig, die Mühlen der amtlichen Organe mahlen diesmal merkwürdig langsam. Je beharrlicher man auf dieser Seite aber schweigt, desto mehr redet man in der Einwohnerschaft, und die in Betracht kommenden Behörden haben es sich deshalb selbst zuzuschreiben, daß über die Todesursache des verstorbenen Ackermann die seltsamsten Gerüchte von Mund zu Mund laufen. Will man nicht, daß diese Vermutungen die Form von festen Behauptungen annehmen, dann — heraus mit der Sprache.

Die Witwe hat den Vorfall jetzt übrigens bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und eine Exhumierung und ärztliche Untersuchung der Leiche beantragt. Der Erste Staatsanwalt hat diesen Fall selbst als einen höchst sonderbaren bezeichnet und die sofortige Untersuchung eingeleitet. Hoffentlich wird dieselbe mit umfassender Gründlichkeit betrieben, damit Licht in dieser dunklen Affaire geschaffen wird.

Manöversendungen. Aus Anlaß der bevorstehenden militärischen Herbstübungen läßt die Postverwaltung auf die Wichtigkeit der Anwendung richtiger und deutlicher Aufschriften bei den Manöver-Postsendungen hinweisen. Zur genauen Aufschrift gehören Familienname, womöglich auch der Vorname, Dienstgrad und Truppenteil nach Regiment, Bataillon, Compagnie, Eskadron, Batterie, Kolonne 2c. und für gewöhnlich der Standort oder die Garnison, nötigenfalls mit dem Zusatz „oder nachsenden". Die Angabe eines Marschquartiers empfiehlt sich nur dann, wenn es genau bekannt und wenn vorauszusehen ist, daß die Sendung so zeitig an dem Bestimmungsort eintreffen wird, daß sie vor dem Weitermarsche in Empfang genommen werden kann.

Die Kindersterblichkeit ist in Berlin in diesem Sommer bisher verhältnismäßig gering gewesen. Diesbezügliche Veröffentlichungen des Berliner Statistischen Amts liegen jetzt für die Zeit bis Mitte Juli vor. Eine merkliche Zunahme erfuhr die Zahl der Sterbefälle von Kindern des ersten Lebensjahres eigentlich nur Ende Mai und Anfang Juni. Bis in das letzte Drittel des Mai hinein war die Sterblichkeit der Kinder dieses Alters in keiner Woche über 200 Fälle und oft nicht einmal über 150 Fälle pro Woche hinausgegangen. Noch aus der Woche 18.—24. Mai waren nur 160 Sterbefälle gemeldet worden. Erst in den beiden Wochen 25.—31. Mai und 1.—7. Juni, die eine fast unvermittelte und recht beträchtliche Steigerung der Temperatur brachten, schwoll auch die Kindersterblichkeit rasch auf 208 und 303 Fälle an. Aber schon in der nächsten Woche sank sie sofort wieder auf 147 Fälle und auch aus den darauf folgenden vier Wochen bis Mitte Juli sind nur 157, 155, 172, 163 Fälle gemeldet worden.

Die neuen Lehrpläne für die Berliner Gemeindeschulen hat das Kultusministerium der Schuldeputation nunmehr zugestellt. Damit ist eine Frage zum vorläufigen Abschluß gelangt, an deren Lösung Pädagogen und Verwaltungsbeamte des Staates und der Stadt zwei Jahre fast gearbeitet haben. Allein die seiner Zeit vom Minister zur Vorberatung eingesetzte Konferenz hat sieben Monate getagt. Heute sind die nach den Abänderungsvorschlägen der Schuldeputation dann nochmals durchberatenen und umredigierten Pläne in Druck gegeben worden, um bei Wiederbeginn des Unterrichts den Rektoren zuzugehen. Mit dem kommenden Semester wird dann der Lehrplan in Kraft treten.

Der Polizeisäbel. Ein aufregender Anblick bot sich am Montagnachmittag gegen 6 Uhr den Passanten am Rosenthaler Thor. Dort waren zwei anscheinend der Arbeiterklasse angehörige Personen um einer geringfügigen Ursache willen in Streit geraten. Wie gewöhnlich bei derartigen Auftritten, so sammelten sich auch hier im Handumdrehen eine Anzahl müßiger Gaffer um die Streitenden an. Der Zuschauerhaufe wuchs aber zu einer großen Volksmasse, als zwei Schutzleute auf der Bildfläche erschienen, um „Frieden" zu stiften. Bei dieser Vermittelung benahm sich einer der Zankenden renitent gegen die Beamten. Ein Wort gab das andre und ehe man sichs versah, zogen die Schutzleute ihre Säbel und hieben auf den unbewaffneten Menschen ein, so daß dieser blutüberströmt umhertaumelte. Der Zuschauer bemächtigte sich ob dieses rücksichtslosen Vorgehens eine hochgradige Erregung. Man war allgemein der Ansicht, daß umsoweniger ein Anlaß zum Gebrauch der Waffe vorlag, als die beiden Schutzleute sicher Manns genug waren, den einen unbewehrten Menschen zu überwältigen. Bei einem weniger scharfen Auftreten hätte es sich vielleicht überhaupt erübrigt, Hand an denselben zu legen. Der Vorfall berührte um so peinlicher, als man erfreulicherweise seit längerer Zeit nur wenig von polizeilichen Uebergriffen vernahm.

Zu den Segel-Unfällen auf dem Seddin-See teilt uns noch ein Augenzeuge mit: Ein sehr aufregender Vorfall trug sich am Sonntag beim Restaurant Zwiebusch im Seddin-See zu. Hier kenterte zuerst das Segelboot „Helga". Da in der ganzen Gegend keine Hilfe war, machte die Segeljacht „Elly" des Herrn Bräuer, Cuvrystraße 45, klar zur Rettung. Selbst mit dem Leben kämpfend, rettete die Besatzung der Jacht die Mannschaft der „Helga". Kaum war die Mannschaft gerettet, als ein andres Boot kenterte. Auch hier fuhr die „Elly" hin, um zu retten. Bei der Uebernahme der Mannschaft richtete sich jedoch das gekenterte Boot auf und fiel auf der andern Seite der „Elly" in die Takelage, verwickelte sich im Tauwerk und riß die „Elly" mit um. Nunmehr lagen also die Leute von drei Booten zusammen und kämpften mit den Wellen, welche über einen Meter hoch schlugen, bis sie von den Dampfern „Germania" und „Frieda" aufgenommen wurden.

Noch ein Bootsunfall. Die Beamten der Charlottenburger Kriminalpolizei machten gestern nachmittag mit Kremsern von Charlottenburger Fuhrherren einen Ausflug nach Neptunshain an der Oberspree und waren dort Zeugen eines Bootsunfalls, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Zwei junge Männer vergnügten sich mit einem Ruderboot. Da kam einer von ihnen auf den Gedanken, seinen Ueberzieher aufzuspannen, um ihn als Segel zu benutzen. Ein Weilchen ging das gut, plötzlich aber faßte ein starker Windstoß das improvisierte Segel und warf das Boot um. Von den beiden Insassen konnte der eine nicht schwimmen; er hielt sich an dem gekenterten Boote fest und Schiffer retteten ihn. Der andre dagegen, ein guter Schwimmer, versuchte das Ufer zu erreichen, ging aber plötzlich unter, wahrscheinlich infolge eines Herzschlags, und kam nicht wieder zum Vorschein. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

In selbstmörderischer Absicht warf sich gestern der in der Blumenthalstr. 25 wohnhafte Eisendreher Franz Bausdorf in der Frankfurter Allee vor einen in voller Fahrt begriffenen Wagen der Straßenbahn. Er wurde eine Strecke mitgeschleift, bis der Wagen zum Stehen kam. Man brachte den Lebensmüden zunächst nach der nahegelegenen Unfallstation, wo man glücklicherweise nur geringfügige Verletzungen feststellen konnte. Durch lange Arbeitslosigkeit hervorgerufene Sorgen und Not hatten den Aermsten zu dem verzweifelten Schritt getrieben.

Von der Straßenbahn wurde der mit einem Zweirade die Münzstraße kreuzende Maurer Friedrich Winter, Heinersdorfer Weg 28, erfaßt und mit solcher Gewalt zu Boden gerissen, daß er eine Gehirnerschütterung und einen Bruch des Nasenbeins davontrug. Viel Mühe verursachte es, den Verunglückten aus seiner Lage zu befreien. Ein Schutzmann des 15. Reviers brachte ihn zunächst nach der Unfallstation in der Keibelstraße, von wo er mittels Droschke nach seiner Wohnung transportiert werden mußte.

Bei der Auffahrt auf einen Neubauplatz in der Hochstraße Nr. 31 verunglückte gestern nachmittag der Kutscher Karl Woinowski aus der Maxstraße in Schöneberg. Da der Weg zu schmal war, fuhr er gegen einen Baum, fiel unter seinen Wagen, wurde überfahren und zog sich einen Unterschenkelbruch zu. Ein Lückscher Rettungswagen brachte den Verunglückten von der Unfallstation in der Badstraße nach dem St. Hedwigs-Krankenhause.

Die Poliklinik für Nieren-, Blasen-, Harnleiden Karlstr. 20a findet nach der Rückkehr des Dr. med. Rothschild wieder für Unbemittelte wochentäglich 1—2 Uhr unentgeltlich statt.

Im Zoologischen Garten beginnt am Donnerstagnachmittag, worauf wir alle wirklichen Musikfreunde verweisen möchten, ein Gastspielcyclus der als besonders tüchtig gerühmten Kapelle des königl. bayrischen 21. Infanterie-Regiments unter Leitung des königl. Musikdirigenten Herrn Jul. Schreck, welcher sich in jüngster Zeit auf dem Gebiete der Militärmusik einen bedeutenden Ruf erworben hat. Das Programm für das erste Konzert ist ein auserlesenes und bringt die besten Kompositionen von Meistern aller Länder, während das Freitag-Programm ausschließlich Schöpfungen deutscher Tondichter umfaßt, so beispielsweise Kompositionen von Sebastian Bach, Händel, Gluck, Haydn, Mozart, v. Weber, Schubert, Richard Wagner, Johann Strauß und andren mehr. Das Gastspiel der „Bayern" erstreckt sich auf die Tage vom 31. Juli bis 6. August.

Aus den Nachbarorten.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Ein Ausstellungsgebäude für Arbeiterwohlfahrt ist in der Fraunhoferstraße in Charlottenburg im Rohbau beendet und wird voraussichtlich gegen Ende dieses Jahres seiner Bestimmung übergeben werden. In demselben gelangen Erzeugnisse zur Aufstellung, welche zur Wohlfahrt der Arbeiter bestimmt sind. Die Ausstellung wird sämtliche Zweige der Arbeiterfürsorge, der Vorkehrungen für Unfallverhütungen sowie Einrichtungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene umfassen. Die Beschaffung der Ausstellungs-Erzeugnisse wird vornehmlich in der Weise erfolgen, daß Fabrikanten, Erfindern 2c. Raum für die vorzuführenden Gegenstände in der Riesenhalle unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Der ganze Saal ist von einer Riesenwelle durchzogen, welche durch elektrische Kraft betrieben und an die alle maschinellen Erzeugnisse mittels Treibriemen angeschlossen werden. Es sind auch noch sonstige Vorrichtungen vorhanden, um den Betrieb der Ausstellungsgegenstände in jeglicher Weise zu ermöglichen und wird die hierzu erforderliche Energie unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Zur beschleunigten Aufstellung der Ausstellungs-Erzeugnisse ist die Beschaffung eines Riesenkrahns vorgesehen. Die Halle wird mit elektrischer Beleuchtungsanlage ausgerüstet und, um auch Arbeitern und Angestellten eine Besichtigung zu ermöglichen, an einigen Tagen in der Woche an den Abendstunden geöffnet sein. In dem Verwaltungsgebäude ist ein Vortragssaal eingebaut, in welchem regelmäßige Vorträge über Unfallverhütung, Wohnungs- und Gewerbehygiene 2c. gehalten werden sollen.

Die polizeilichen Nachforschungen nach dem Urheber der mehrfach auf Stadtbahnzüge abgegebenen Schüsse haben zu einem bestimmten Resultat nicht geführt. Es konnte nur festgestellt werden, daß der Thäter aus einem der Hinterhäuser in der Kantstr. 122—125 die Schüsse abgefeuert haben muß. Nachdem die Ermittlungen soweit geführt, dürfte es jedenfalls gelingen, des rohen Burschen habhaft zu werden. Bemerken wollen wir noch, daß sich in dem Hause Kantstr. 122 eine Polizeiwache befindet.

Ueberfahren und getötet wurde gestern abend zu Charlottenburg das dreijährige Töchterchen des Arbeiters Mehlhaase aus der Schloßstr. 3. Das Kind wurde von einer älteren Schwester in einem kleinen Sportwagen durch die Schloßstraße gefahren, fiel unversehens heraus und rollte so unglücklich unter einen Steinwagen, daß ihm ein Hinterrad über den Körper ging. Die Kleine war sofort tot.

Aus Rixdorf. In hilflosem Zustande fanden Montagnachmittag Passanten der Rosenstraße einen bedauernswerten Krüppel auf dem Bürgersteig liegen. Es handelte sich um den 42 jährigen Schuhmacher Friedrich Körner, einem obdachlosen Menschen, dem beide Unterschenkel fehlen und der infolgedessen nur auf Stelzfüßen sich fortbewegen kann. Als K. nun aus irgendwelcher Ursache ohnmächtig auf die Straße gesunken war, hatten unermittelte Personen den Krüppel der Stelzfüße beraubt, so daß der Aermste sich überhaupt nicht fortbewegen konnte. Mitleidige Leute brachten den K. nach der Polizei, von wo aus später seine Ueberführung nach dem städtischen Obdach in der Emserstraße erfolgte.

Lichtenberg. Rund 2850 Quadratmeter Straßenpflasterung schreibt der Gemeindevorstand neben den dazu gehörigen Bürgersteig-Regulierungen im Wege der öffentlichen Submission aus. Am 5. August soll die Verdingung sein, so daß die drei großen Straßenzüge: Eldenaerstraße, Pfarrstraße und Gürtelstraße noch vor Eintritt des Winters dem Verkehr übergeben werden können. — Auch der Bau der beiden von der Gemeindevertretung endlich bewilligten ersten Turnhallen wird demnächst ausgeschrieben. Hier wie oben ist die Uebernahme der Arbeiten in Gemeinderegie durch die Majorität abgelehnt, aber — es „bröckelt"! — Elf Prozent Kirchensteuer sollen unsre Frommen am Orte bezahlen. Darob groß Heulen und Zähneklappern, sintemalen doch erst kürzlich die Gemeindevertretung, nach gelungener Entfernung von 2 Socialdemokraten durch den „Lichtenberger Special-Freisinn" 80 000 M. aus Mitteln der Steuerzahler (und dazu gehören auch Juden und Katholiken) mit einer Stimme Majorität zum Bau einer zweiten evangelischen Kirche bewilligte! — Als gesund aus der Heilanstalt ist der Schulknabe Hecker entlassen, der vor einigen Wochen in der Laubenkolonie am Ringbahnhof Frankfurter Allee durch den Töpfer M. versehentlich angeschossen wurde.

Tegelort. Gekentertes Boot. Montagmittag kenterte auf dem Tegeler See, gegenüber der neuen Bade-Anstalt in Tegelort, ein Segelboot, in welchem sich ein Offizier und ein Chargierter befanden. Zum Glück konnte der in der Nähe befindliche Dampfer „Lehnitz", der sofort zur Hilfe eilte, beide Personen aus den Wellen retten und dann das Segelboot ans Land bugsieren. Wie Augenzeugen berichten, soll der des Segelns nicht genügend kundige Offizier bei dem herrschenden Sturm und den hochgehenden Wogen beim Wenden des Bootes nicht schnell genug manövriert haben.

Ober-Schöneweide. Die oft gerügte Unsitte der Kinder, auf dem Treppengeländer zu rutschen, hat einen bedauerlichen Unglücksfahrt zur Folge gehabt. Der fünfjährige Sohn des in der Marienstraße daselbst wohnhaften Arbeiters Fink rutschte auf dem Treppengeländer vom 2. zum 1. Stock hinab, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Mit zerschmettertem Schädel wurde der Kleine aufgehoben. Es ist zweifelhaft, ob er mit dem Leben davonkommen wird.

Der Ausfall der diesjährigen Obsternte in der Mark Brandenburg wird von sachkundiger Seite auf Grund zahlreicher Berichte wie folgt geschätzt: Aepfel mittel, Birnen, Hauszwetschen und Pflaumen mittel bis gering, Süßkirschen sehr gering, Sauerkirschen und Pfirsiche gering, Aprikosen schlecht, Stachelbeeren gut, Johannisbeeren und Himbeeren gut bis mittel, Erdbeeren gut, Heidelbeeren mittel bis gering, Wallnüsse und Haselnüsse gering. Da auch in andren Provinzen die Obstbildung viel zu wünschen übrig läßt, kann das laufende Jahr als ein ungünstiges Obstjahr bezeichnet werden.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde am Sonntag ein Teilnehmer am Schützenfest in Finsterwalde. Zu diesem Feste hatten sich viele Leute aus der Nachbarschaft eingefunden. Ein Kremser mit Gästen fand bei Alt-Zittau die Eisenbahnschranke nicht geschlossen. Als er über das Geleise fuhr, kam gerade ein Zug. Der Kremser kam noch glücklich hinüber. Ein Mann aber stürzte bei der Erschütterung hinab, wurde von dem Zug überfahren und auf der Stelle getötet. — Eine schreckliche Ueberraschung wurde an demselben Tage einem Beamten K. in Finsterwalde zu teil. Der Mann hatte sich morgens, trotz der Bitten seiner Frau, die einem Familienereignis entgegensah, einem Radlerausflug angeschlossen. Als er zurückkehrte, war das Ereignis eingetreten. Seine Frau hatte ein Zwillingspärchen zur Welt gebracht. Die Kinder lebten und waren munter, aber die Mutter lag auf dem Totenbett.

Der 1. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes hielt vom Sonnabend bis Montag in Forst (Lausitz) sein fünftes Kreis-Turnfest ab, das verbunden war mit dem zehnten Stiftungsfest des Bundes. Ueber 3000 Turner und Turnerinnen waren aus allen Teilen der Provinz Brandenburg erschienen, u. a. kamen am Sonnabendabend mittels Extrazuges von Berlin 298 Turner und Turnerinnen an. Aus Berlin war der Turnverein „Fichte" gut vertreten; ein paar Lieder, welche dessen Gesangsabteilung vortrug, sowie das Turnen der 1. Damenriege am Barren wurden sehr beifällig aufgenommen. Aus den Berliner Vororten beteiligten sich die Vereine von Köpenick, Rixdorf-Britz, Adlershof, Tegel und Rummelsburg, auch war der Verein Nereus-Berlin vertreten. Insgesamt marschierten im Festzuge 42 Turnvereine, voran die Damen-Abteilungen von 7 Vereinen. — In der Festrede konnte der Vorsitzende des Kreises, Genosse Grenz-Berlin, hervorheben, wie trotz aller Hindernisse der Turnerbund voranschreitet. Am 28. Juni 1892 wurde der Bund in Brandenburg gegründet von den Vereinen „Fichte"-Berlin, Velten und Brandenburg; er zählte damals noch nicht 200 Mitglieder. Jetzt umfaßt allein der 1. Kreis (Berlin und Provinz Brandenburg) 6470 Mitglieder. — Das Fest hat einen guten Eindruck gemacht und war für die Arbeiter-Turnsache wirksam. Die Bevölkerung von Forst hatte die Gäste sehr freundlich aufgenommen. Das Fest wird den Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben.

Gerichts-Zeitung.

Ein Seelsorger.

Halle a. S., 28. Juli. Eine bedenkliche Wohrenwäsche wurde vor der hiesigen Ferienstrafkammer im Interesse des Pfarrers Gibsone von Lobese bei Zahne von der Staatsanwaltschaft vorgenommen. Angeklagt waren der Chefredacteur der liberalen „Saalezeitung" Ernst Schasse, der Redacteur des „Central-Anzeigers" — ein Ableger der „Saalezeitung" — Adolf Thiele und der Schulrektor Friedrich Kießler von Zahne. Die Genannten sollen den Pfarrer G. und auch die Kirchengemeinde von Lobese durch eine Mitte Dezember vorigen Jahres in den beiden Zeitungen veröffentlichte Notiz beleidigt haben. Rektor Kießler hatte die Notiz eingesandt, in der es hieß, daß der Pfarrer mit fast allen Gemeindemitgliedern zerfallen sei, so daß die Gemeinde einen neuen Pfarrer verlangt. Kein Mensch besuche mehr die Kirche. Kürzlich habe der Pfarrer verkündigt, daß ein auswärtiger Geistlicher predigen würde. Daraufhin habe die ganze Gemeinde das Gotteshaus besucht. Als der fremde Pfarrer aber nicht erschienen und Gibsone dann selbst die Kanzel besteigen mußte, habe die Gemeinde die Kirche verlassen und der Pfarrer habe vor fast leeren Stühlen predigen müssen.

Rektor Kießler gab zu, die Notiz eingesandt und nach den stattgehabten Informationen die darin aufgestellten Behauptungen für wahr gehalten zu haben. Die Redacteure räumten die Veröffentlichung mit dem Hinweise ein, dieselbe sei geschehen, damit die Kirchenbehörde von den Vorgängen in Lobese Kenntnis bekomme. Die Beweisaufnahme ergab ein hübsches Bild von den kirchlichen Zuständen in Lobese. Der Amtsbruder des Pfarrers Gibsone, Pastor Voigt, mußte nach und nach einräumen, gesagt zu haben: Es sei doch ein Skandal, daß die Ober-Kirchenbehörde nicht eingreife und solchen Mann nicht vom Amte entlasse. Der Pfarrer wurde als Krakehler bezeichnet. Zeuge Handelsmann Gährisch sagt, es bestehe eine Abscheu vor dem Pfarrer. Die meisten Gemeindemitglieder drohten mit dem Austritt aus der Landeskirche. Er, Zeuge, mußte drei Stunden erzählen, wenn er das, was er von dem Pfarrer wisse, alles unterbreiten wollte. Der Pfarrer habe unbefugter Weise Acker und Pflastersteine vom Pfarrhof verkauft und das Geld in seine Tasche gesteckt. Der Kutscher des Pfarrers habe erzählt, der Pfarrer habe zweimal die Thüren ausgehoben, um seine Dienstmädchen besuchen zu können. Aus Eifersucht habe er auf der Straße Leute mit dem Revolver bedroht. Man habe ihn wiederholt aufgefordert, sich gegen die Beschuldigungen gerichtlich zu reinigen, aber er habe das stets unterlassen. Zeuge Landwirt Grabow bekundet, der Pfarrer habe ihn, als er zur Beerdigung einen andren Geistlichen verlangte, „frecher Mensch" genannt. Einmal wären zur Predigt 3, dann 2, dann 1 Besucher in der Kirche gewesen und einmal war der Pfarrer ganz allein da. Der Kirchenrat halte es aber mit dem Pfarrer. Wenn der Lehrer in der Kirche Vorlesungen hält, wären mindestens 80 Personen anwesend. Ein guter Lehrer sei durch den Pfarrer weggekommen.

Zeuge Pfarrer Gibsone giebt selbst zu, daß er mit dem größten Teil seiner Gemeindemitglieder zerfallen sei. Eines Sonntags bei dem Kirchenbesuch habe die ganze Gemeinde gestreikt. An die Kammerthüre seines Mädchens habe er nur geklopft, weil das Mädchen häufig die Zeit verschlafen habe. Das Konsistorium habe die Sache untersucht, und da sei er als vollständig gereinigt hervorgegangen. Staatsanwalt Schlütter erachtete den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen nicht als erbracht und meinte, wenn in solcher Weise gegen einen Geistlichen vorgegangen werde, wer solle denn so ein undankbares Amt noch übernehmen. Er beantragte gegen den Rektor 300 und gegen die Redacteure 75 bezw. 50 M. Geldstrafe. Erkannt wurde gegen die Redacteure auf je 90 und gegen den Rektor auf 150 M. Geldstrafe.

Versammlungen.

Die Polizei und das Versammlungsrecht der Frauen. Ein eigentümlicher Fall von Polizeimaßnahme, welcher eines komischen Beigeschmacks nicht entbehrt, spielte sich am letzten Sonnabend in der Sitzung des Vereins politischer Socialisten in Feversteins Lokal, Berlin, Alte Jakobstr. 75, ab. Seit einiger Zeit hatte man auch Frauen zu den genannten Sitzungen eingeladen und ihnen einen durch lange Tische abgegrenzten Platz im Saale angewiesen. Der Beamte, der die erste Versammlung mit Frauen überwachte, machte den Vorsitzenden, Genosse Berfus, aufmerksam, daß er die Sitzung auflösen müßte, wenn die anwesenden Frauen das Lokal vor der Eröffnung der Sitzung nicht verlassen. Nach längerem Hin und Her hat aber der Polizeibeamte die Ueberzeugung gewonnen, daß die Abgrenzung mit der ihm zu teil gewordenen Instruktion zu vereinbaren sei. Seitdem wurden alle Versammlungen mit Frauen abgehalten und kein Beamter hatte dagegen etwas einzuwenden. Am letzten Sonnabend aber, wiederum vor der Sitzung, erklärte der überwachende Beamte dem Genossen Berfus, daß er beauftragt sei, der Frauen wegen die Versammlung aufzulösen. Auf die Frage, warum jetzt mit einem Male diese Maßregel getroffen wird und in den vorherigen Versammlungen nichts monierte wurde, erklärte der Beamte, daß derjenige Beamte, welcher die letzte Sitzung überwachte, aus einem andern Polizeirevier sei, und von diesem Revier kam die Anweisung, die Sitzung aufzulösen; er ersuchte den Genossen Berfus, die Anwesenden hiervon in Kenntnis zu setzen. Berfus erklärte nun dem Beamten, daß er hierzu gewillt sei, aber genötigt ist, die Sitzung zu eröffnen, da er nolens volens jetzt bei der Unterhaltung der Anwesenden dieses nicht bewerkstelligen könne, was auch der Beamte bestätigte.

Als erster Punkt wurde nun von Berfus die neueste Maßnahme der Polizei den Anwesenden mitgeteilt und der Beschluß gefaßt, für die Zukunft regelmäßig jeden Sonnabend öffentliche Vereinsversammlungen zu veranstalten, für heute aber die Frauen im Saale zu belassen und der weiteren Dinge, die da kommen, abzuwarten.

Nun kommt der erheiternde Teil: Berfus verlas nun die Tagesordnung und erteilte dem Schriftführer das Wort zur Verlesung des Protokolls von der letzten Vereinsversammlung. Während dem trat der Beamte an den Vorstandstisch und stellte an Berfus die Aufforderung, er solle die Versammlung auflösen. (Allgemeine Heiterkeit.) Berfus erklärte, daß er keine Veranlassung habe, dies zu thun und ersuchte den Schriftführer, weiter zu lesen. Nach Erledigung des Protokolls erhielt Thiel das Wort zum Vortrag. Der Beamte aber stand auf und, ohne seinen Helm aufzusetzen, erklärte er, daß die Versammlung aufgelöst sei. Berfus erklärte aber die Auflösung für nichtig, da dieselbe nicht vorschriftsmäßig geschah und ersuchte den Referenten weiterzusprechen. Kurz vor Schluß des Referats trat der Beamte an Berfus und erklärte ihm, daß er genötigt sei, auf das Polizeirevier zu gehen und mehr Mannschaften zu holen, wogegen Berfus nichts einzuwenden hatte. Nach

dem Vortrag wollte thatsächlich der Beamte eine Verstärkung vom Polizeirevier holen, um die unfolgsamen politischen Socialisten aus dem Lokale zu Paaren zu jagen, denn er setzte sich seinen Helm auf und war schon mitten im Saal, als ihm der erlösende Gedanke kam, nochmals zu erklären, daß er die Versammlung auflöse, und warum man den Saal nicht verlassen wolle. (Allgemeine Heiterkeit.) Nun ersuchte Berfus die anwesenden, den Saal zu verlassen, und auf die Frage des Beamten, warum man jetzt erst seine Auflösung respektiere, wurde ihm erklärt, daß er vorhin vergessen habe, seinen Helm aufzusetzen.

Wie lange wird es denn noch dauern, bis der Ministerialerlaß bezüglich der Zulassung von Frauen in Versammlungen politischer Vereine von den ausführenden Polizeibeamten ohne Ausnahme respektiert wird?

Centralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin und Vororte). In der am Sonntag in den Arminhallen abgehaltenen, gut besuchten Generalversammlung kam es gleich nach der Protokollverlesung zu einer Debatte über die Nichtaufnahme von Versammlungsberichten im „Vorwärts". Außer mehreren Mitgliedern sprachen hierzu der Vorsitzende Knüpfer und Schriftführer Tappert. Alle waren der Meinung, daß es die Redaktion des „Vorwärts" in dieser Hinsicht den Gewerkschaften und besonders den Zimmerern gegenüber an dem nötigen Entgegenkommen fehlen lasse. Dem Vorstand wurde dringend geraten, sich dieserhalb beschwerdeführend an die Preßkommission zu wenden. — (Wir sehen der Beschwerde ruhig entgegen, erwarten aber, daß sie durch Thatsachen begründet werde. Red. d. „Vorw.") — Alsdann verlas der Kassierer Kube die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Zahlstelle hatte eine Einnahme von 13 261,33 M. und eine Ausgabe von 1217,89 M. An die Hauptkasse wurden abgeführt 6152 M., in der Lokalkasse verbleiben 5891,44 M. Der örtliche Fonds weist einen Bestand von 26 991,57 M. auf. An die Maifeier-Ausgesperrten sind 3978,65 M. Unterstützung gezahlt, und dem Streikfonds der Hauptkasse sind 2100 M. überwiesen worden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf nahm Schrader-Hamburg das Wort zu seinem Vortrag über „die diesjährigen Lohnkämpfe der Zimmerer Deutschlands." Redner leitete die zahlreichen Lohnkämpfe aus der schlechten wirtschaftlichen Lage der Zimmer ab. Wenn auch der Stundenlohn in den letzten Jahren etwas gestiegen sei, so doch nicht in dem Verhältnis wie Mieten, Steuern und Lebensmittelpreise. Hinzu komme, daß die fortwährenden technischen Verbesserungen, wie die steigende Einführung der Eisenkonstruktion im Baugewerbe die Dauer der Arbeitslosigkeit ständig vermehren. Deshalb gebiete schon der bloße Selbsterhaltungstrieb den Zimmerern, nach einer Aufbesserung der Löhne zu streben. Er beleuchtete sodann die Mangelhaftigkeit des Koalitionsrechts, indem er an einigen krassen Fällen aus Posen, Koblenz und Berlin zeigte, was den Arbeitern alles verboten ist und was sich die Unternehmer unter dem Schutze der Behörden dagegen alles gestatten dürfen. Des weiteren ging er auf die bekannten Aussprüche der Herren Eßmann, Felisch und andrer Scharfmacher ein und wies nach, daß in dem Verhalten der Unternehmer bei den Lohnkämpfen dieses Jahres, wie sie sich in Goldberg i. Mecklenburg, Kiel, Neumünster, Hamburg, Braunschweig, Posen usw. abgespielt haben, unzweifelhaft System liege. Ueberall suche das koalierte Unternehmertum durch Aussperrungen die Verbandskassen der Arbeiter zu erschöpfen und so deren Organisationen zu sprengen. Erst in den letzten Tagen wieder beweise das Vorgehen der Potsdamer Unternehmer, daß die Rezepte der Felisch und Konsorten nach und nach in immer größerem Maße in Anwendung gebracht werden. Da das Ideal dieser Herren die Massenaussperrung nach dänischem Muster sei, so könne in der Festigung und Ausbreitung der Organisation gar nicht genug gethan werden, um den Kampf mit dem Kapital erfolgreich aufnehmen zu können. — In der Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Unter „Verschiedenes" machte Knüpfer auf das am 9. August stattfindende Stiftungsfest der Zahlstelle aufmerksam. Ferner ermahnte er die Kollegen, sich nicht auf Ueberstunden und auf ein Accordsystem einzulassen, wie dies von mehreren Verbandsmitgliedern bei der Firma Loos am Görlitzer Ufer geschehen sei; man solle sich im Gegenteil strikte an die Bestimmungen des Vertrags halten. Nach einer dringenden Aufforderung, Einsicht in die bis zum 30. d. M., Poststr. 16 ausliegenden Kommunal-Wählerlisten zu nehmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Köpenick. Am 22. Juli hielt der socialdemokratische Wahlverein seine Versammlung im „Gesellschaftshause", Grünauerstraße, ab: Die Versammlung folgte mit großem Interesse den Ausführungen des Genossen Kaliski-Berlin über „Bülows Kaninchenpolitik" und spendete dem Redner ungeteilten Beifall. Der Kassenbericht vom letzten Vierteljahr ergab eine Gesamteinnahme von 421,80 M. und eine Ausgabe von 378,50 M., mithin einen Ueberschuß von 43,30 M. Ferner wurden die Genossen Litsche, Kegel und Weber als Delegierte zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins gewählt. Weiter wurde beschlossen, die Delegierten sollten beantragen, daß nur zwei Parteigenossen vom Central-Wahlverein zum Parteitag entsendet würden, da wir bereits durch die Genossen Zubeil, Eberhart und Gerisch genügend vertreten wären.

Sociales.

Eine Ehrung des verstorbenen Fabrikinspektors Wörrishoffer veranstalteten am Sonntag die Gewerkschaften Karlsruhes. Sie begaben sich in großer Anzahl zur Grabstätte und legten dort unter einer Ansprache einen Kranz nieder. Von verschiedenen Gewerkschaften andrer badischer Städte waren teils Vertretungen erschienen, teils Zustimmungserklärungen eingegangen. Auch Beamte der Fabrikinspektion nahmen an der Feier teil und ebenso waren die Angehörigen des Verstorbenen anwesend.

Kinderschutz.

Der englische Staatssekretär des Innern hat soeben ein Projekt betr. die gewerbliche Beschäftigung der Kinder veröffentlicht. Danach wird den Kreis- und Kommunalbehörden das Recht eingeräumt, durch besondere Verordnung die Verwendung von Schulkindern beim Straßenhandel entweder zu verbieten oder zu regeln. Erfolgt eine „Regelung", so müssen die Vorschriften auf die Stunden, während welcher der Handel für Kinder gestattet ist, sowie auf die hierfür freigegebenen Plätze Bezug haben. Vor 6 Uhr morgens und nach 9 Uhr abends dürfen Schulkinder nicht beschäftigt werden; den Lokalbehörden ist es vorbehalten, diese Zeit noch weiter einzuschränken. Das Heben, Tragen von schweren Lasten durch Kinder wird durch das Gesetz ganz verboten.

Eingegangene Druckschriften.

Die **„Socialistischen Monatshefte"** (Administration: Berlin W., Lützowstr. 85A) haben soeben das Augustheft ihres VIII. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Adolf v. Elm: Rückblick auf den vierten deutschen Gewerkschaftskongreß. — Friedrich Hertz: Probleme der nationalen Demokratie in Oestreich. — Eduard Bernstein: Die neue Prognose der socialen Revolution. — Paul Göhre: Christentum und materialistische Geschichtsauffassung. — Heinrich Wetzker: Der Punkt 8 unsres Programms. — Eduard Fuchs: Die französische Karikatur im Jahre 1870—71 (mit Abbildungen). — Helene Steinbach: Die Frauen auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß. — Rundschau: Politik; von Richard Calwer. — Wirtschaft; von Max Schippel. — Socialistische Bewegung; von Dr. Ladislaus Gumplowicz. — Gewerkschaftsbewegung; von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung; von Gertrud David. — Socialpolitik; von Paul Kampffmeyer. — Sociale Kommunalpolitik; von Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo). — Bücher; von Max Schippel und Dr. Ch. Schitlowsky. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colporteure und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 7138), ferner direkt bei der Expedition der „Socialistischen Monatshefte", Berlin W. 35, Lützowstraße 85A. (Zusendungen unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.). Probehefte stehen jederzeit kostenlos zur Verfügung.

Das **Augustheft** (Nr. 11) der **„Dokumente des Socialismus"**, herausgegeben von Eduard Bernstein, bringt als leitenden Aufsatz Auszüge aus einer Abhandlung des Chartistenführers Ernest Jones über die Agrarfrage. In einem zweiten Artikel setzt Menrad seine Untersuchungen über den socialen Utopismus in den Komödien des Aristophanes an der Hand der Komödien „Plutus" und „Die Vögel" fort. Unter „Urkunden des Socialismus" werden die Principien und das Minimumprogramm der socialistischen Partei Brasiliens, sowie die socialpolitisch wichtigsten Beschlüsse des diesjährigen 4. allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresses verzeichnet. Die kritische Bibliographie bringt u. a. Besprechungen folgender Schriften: Herkner, Die Arbeiterfrage; Kautsky, Die sociale Revolution; Kleinwächter, Lehrbuch der Nationalökonomie; Dr. W. Liebknecht, Zur Geschichte der Werttheorie in England; R. Riehn, Das Konsumvereinswesen in Deutschland; Letourneau, La Psychologie ethnique; S. Prokopowitsch, Zur Marxkritik. — Ferner berichtet die Nummer über Publikationen gelehrter Gesellschaften, die das Thema naturalistischer Geschichtsauffassung betreffen und behandelt in einer längeren Notiz Naturrechts-Anrufungen im Mittelalter.

Die „Dokumente des Socialismus" kosten pro Quartal 3,75 M. (Einzelheft 1,25 M.); kombiniert mit den „Socialistischen Monatsheften" sind sie zum ermäßigten Preise von insgesamt 4.— M. pro Quartal zu haben. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten (Postzeitungs-Katalog Nr. 2060a bezw. 6061a), ferner direkt durch den Verlag der „Socialistischen Monatshefte", Berlin W. 35, Lützowstr. 85A. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.) Probehefte kostenfrei durch die Expedition.

Vermischtes.

Ueber das schwere Unglück bei der Feuerwehrübung in Plauen wird noch berichtet: Die hiesige Feuerwehr feierte ihr 30jähriges Jubiläum, verbunden mit einer praktischen Uebung in Gestalt eines Sturmangriffes auf einen markierten Brand. Die großen Schiebeleitern wurden in die Höhe gewunden, und als dieselben mit den nötigen Mannschaften besetzt waren, stürzte die eine davon infolge des den ganzen Tag herrschenden Sturmes nach der Seite zu um, die daraufstehenden Leute mit sich in die Tiefe reißend, zugleich aber auch die beiden andern Leitern, die gleichfalls mit Mannschaften besetzt waren, mit umreißend. Die Wirkung war eine schreckliche. Zehn Personen waren teils tot, teils verwundet, darunter auch Kinder, die mit als Zuschauer in der Nähe gestanden. Die Zuschauer hatten schon vorher ihrer Verwunderung Ausdruck gegeben, daß bei einem derartigen Sturme solch eine Uebung mit den Leitern vorgenommen wurde.

Weitere Sturmnachrichten vom Rhein. Leverkusen (bei Mülheim a. Rh.): Das Unwetter hat hier und in der Umgegend sehr stark gehaust. Verschiedene Neubauten sind teilweise eingestürzt und die an denselben angebrachten Gerüste fortgeschleudert worden. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. An vielen Häusern wurden Dächer abgedeckt und sonstiger Schaden angerichtet. Einige hundert Fensterscheiben sind zertrümmert, Bäume sind entwurzelt oder mitten durchgebrochen. Der Roggen, welcher sehr gut geraten war, ist teilweise vernichtet, Weizen und Hafer liegen wie gewalzt an der Erde. Auch sonstige Feldfrüchte sind durch den Hagelschlag vernichtet worden. Mehrere Droschkenkutscher aus Köln und aus Mülheim a. Rh. wurden von dem Unwetter auf dem Wege von Mülheim nach Leverkusen überrascht und samt ihren Wagen und Pferden umgeworfen und eine Strecke weit weggeschleudert. Ein Kutscher erlitt hierbei einen Beinbruch und mußte nach dem Krankenhause in Mülheim a. Rh. gebracht werden. Mehrere Insassen der Wagen, welche zu einer Festlichkeit in Leverkusen reisen wollten, trugen Beulen, Kontusionen und Hautabschürfungen davon. Die Droschkenpferde rissen sich los und liefen durch das Feld auf das Eisenbahngeleise, wo es gelang, sie einzufangen. — Wiesdorf (bei Opladen). Hier hat das Unwetter sehr großen Schaden verursacht. Viele Dächer wurden vollständig von den Häusern abgedeckt, Bäume entwurzelt, in den Gärten und im Felde alles vernichtet. An einem hiesigen Geschäftshause wurden 3 große Schaufenster auf die Straße geschleudert und in dem Laden selbst eine große Verwüstung angerichtet. Mehrere Züge erlitten dadurch Verspätung, daß durch den Sturmwind mehrere Telegraphenstangen umgeweht waren und das Geleise versperrten. — Aachen. Das kurze Gewitter, welches gestern gegen 5 Uhr hierselbst einsetzte, hat in der ganzen Gegend große Verwüstungen angerichtet. Zahllose Bäume sind mit den Wurzeln ausgerissen oder auch mitten im Stamm abgebrochen worden. Der Betrieb der Kleinbahn Aachen-Herzogenrath mußte auf mehrere Tage eingestellt werden, weil die hohen Pappeln an der Straße auf die Drähte der Oberleitung fielen, die Masten verbogen und so ganze Strecken in Unordnung brachten. Dächer wurden abgedeckt, Schornsteine umgeworfen und Fenster eingedrückt. Ein Heuwagen wurde samt den Pferden in den Graben geworfen. In den am meisten verwüsteten Gegenden nahm das Unwetter einen Wirbelsturm ähnlichen Charakter an. Es dauerte in der Aachener Gegend kaum acht bis zehn Minuten.

Zum Untergang des „Primus". Hamburg, 29. Juli. Heute sind abermals 19 Leichen bestattet worden. — Die weitere Bergungsarbeit am „Primus" ruht einstweilen, da die Staatsanwaltschaft, um die Untersuchung nicht zu erschweren, dem Taucher Beckedorf dies untersagt hat. Bei niedrigem Wasserstand will die Staatsanwaltschaft morgen nachmittags nochmals eine genaue Besichtigung vornehmen.

Erdbeben. Aus Santander wird gemeldet, in den Cantabrischen Bergen habe sich nach den letzten wiederholten Erdstößen ein Krater geöffnet, aus dem dichte Rauchwolken emporstiegen. Die erschreckten Bergbewohner der Umgegend flohen unter dem Eindruck der durch die plötzliche Erscheinung hervorgerufenen Panik. Auffallenderweise sagt die über Paris kommende Meldung nicht, wo dieser Krater sich „geöffnet" hat, was die Nachricht immerhin etwas verdächtig erscheinen läßt. — New York, 29. Juli. Gestern wurde kurz nach Mittag in einigen Teilen von Nebraska, Jowa und Süd-Dakota ein Erdstoß verspürt, der keinen Schaden anrichtete. Im Lompoc-Thale in Californien sind seit Sonnabend drei Erdstöße wahrgenommen worden. Die Erde zeigt Risse. Unter den Einwohnern herrscht große Aufregung.

Ein Eisenbahnzug in Flammen. Eine Katastrophe hat sich auf der Pennsylvania-Bahn in der Nähe von Xenia in Ohio zugetragen, wobei fast ein ganzer Eisenbahnzug verbrannte und sieben Menschen das Leben einbüßten. In dunkler Nacht stieß dort der New York-Chicago-Expreßzug, als er mit einer Geschwindigkeit von 112 Kilometer die Stunde dahineilte, mit einem Kohlenwagen zusammen, der sich von einem Güterzuge losgerissen hatte und infolge des Gefälles zurückgerollt war. Der Zusammenstoß war furchtbar. Die Lokomotive setzte über den Kohlenwagen weg und zertrümmerte ihn. Der Gepäckwagen entgleiste, und die Trümmer des Kohlenwagens rissen unter dem ersten Personenwagen den mit komprimiertem Gas gefüllten Behälter fort. Letzterer explodierte, und im nächsten Augenblick stand der Wagen in Flammen. Das Feuer teilte sich den übrigen Wagen mit und alle verbrannten, bis auf die beiden letzten Pullman-Wagen. Die geretteten Passagiere und das Zugpersonal mußten unthätig zuschauen, wie mehrere Passagiere vor ihren Augen den Flammentod erlitten. Im ganzen kamen sieben Menschen in den Flammen um, und zahlreiche andre wurden schwer verletzt.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 30. Juli 1902.
Vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen, mäßigen südwestlichen Winden; wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Briefkasten der Redaktion.

C. L. 25. Medizinische Autoritäten haben sich dagegen ausgesprochen. — **A. 4.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **A. G.** Badeeinrichtungen für Volksschüler bestehen in Berlin, sowie auch in einigen Vororten (z. B. Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf) und werden fleißig benutzt. Die Berliner Schul-Brausebäder, deren erstes im Oktober 1894 eröffnet wurde, sind in diesem Sommer wieder um 7 vermehrt worden, sodaß jetzt 22 vorhanden sind. Die Betriebskosten sind im Etat für 1902/03 auf 10 000 M. veranschlagt. Die Berichte der Schuldeputation versichern, daß „die mit diesen Bädern gemachten Erfahrungen durchaus günstig sind". Im Schuljahr 1900/01 wurden in damals erst 11 Schul-Badeanlagen 198 407 Bäder genommen und 8750 M. für den Betrieb ausgegeben. (Für das Schuljahr 1901/02 sind die Zahlen noch nicht veröffentlicht.)

A. S. 1. Ja. Bei der Steuerbehörde und beim Magistrat. Gewerbesteuer ist nicht zu entrichten, wenn das Anlagekapital 3000 und der Jahresverdienst 2500 M. nicht übersteigt. 2. Ja, Sie können aber beim Magistrat um Freilassung von der Steuer einkommen. — **A. G.** Erlischt mit dem Tode. — **Königsberg.** Geburtsurkunden und Militärpapiere gebrauchen Sie zwecks Heirat. Ueber kleine Differenzen sieht der Standesbeamte fort. — **Helene.** 1. Wenden Sie sich an den Standesbeamten und, falls dieser die Berichtigung ablehnt, weil kein Schreibfehler vorliegt, an das Gericht. 2. Ueber die betreffende Kasse ist uns nichts Schlechtes berichtet. — — **H. John.** 1. Ja. 2. Beim Amtsgericht. — **B. R. 1—3.** Ja. — **B. M. 1000.** Das ist allerdings eine grobe Beleidigung, die Sie im Wege der Güte ausgleichen sollten. — **G. F. 39.** Ja, falls nicht Dispens seitens der Schulaufsichtsbehörde erfolgt. — **J. P. 1.** Leider hat der Innungsmeister recht. — **P. M. 25.** 1. Hat nur Kurswert. 2. Es giebt kein Buch, in dem die Entstehung, Behandlung und Heilung aller Krankheiten in für Laien dienlicher Weise behandelt werden. Wurms Gesundheitspflege ist zur Belehrung für Laien sehr geeignet. — **C. L. M. 11.** Nein. — **H. K. 1000.** 1. Eine Aufforderung ist nicht stets erforderlich, aber zweckmäßig. Ein Sühneverfahren muß der Klage vorausgehen. Es muß zunächst die Klage auf Herstellung der häuslichen Gemeinschaft angestellt werden. 2. Ja. 3. Gegen das Vorgerecht der Frau schützt keine Bekanntmachung in der Zeitung, sondern nur eine Eintragung in das Güterrechts-Register über Aufhebung oder Einschränkung der Schlüsselgewalt der Ehefrau. Beispiele für solchen Antrag finden Sie Seite 225 Nr. 20 und 21 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **M. 25. 29.** Nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 30. Juli.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Geisha oder: Eine japanische Theehausgeschichte. Anf. 7½ Uhr. Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyclus: Paimpol und Perinette. Dorothea. — Der Regimentszauber. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Die verkaufte Braut. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Der Dämon. Hierauf: Sie. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zerrissene. Anfang 7½ Uhr.
Secession. Silbersteins Flitterwochen. Anfang 8 Uhr.
Wolzogens Buntes Theater. (Ueberbrettl.) Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr. Morwitz-Oper.
Die verkaufte Braut.
Kom. Oper in 3 Akten von Smetana. Nationaltänze von 16 Tänzerinnen.
Donnerstag: Franc. Prevosti: **Traviata.** Freitag: **Die verkaufte Braut.** Sonnabend: Franceschina Prevosti: **Der Troubadour.** Sonntagnachmittag: **Der Waffenschmied.** Abends: **Ernani.**

Fröbels
Allerlei-Theater
früher **Pahlmann**
Schönhauser Allee No. 148.
Großer Elite-Abend.
Nur noch 2 Tage
der unerreicht dastehende
Juli-Spielplan.
Karl Braun.
Hugo Schulz.
Um 8 Uhr: Gr. Erfolg:
Die Weber.
Täglich: Großer Ball.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.
Freitag: Abschieds-Benefiz für Herrn Carlos Duchow.
Einmalige Aufführung: **Durch Feuer und Wasser.**

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Theater.
Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern.

Passage-Panopticum.
Neues Pariser
Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Seejungfer. Tigerknabe.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Dämon.
Hierauf: **„Sie".** Nachtscene in 1 Akt von G. Schäfer-Berastni.
Im Garten: Gr. Kinderfreudenfest. Gratis-Verlosung. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Apollo-Theater
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: **Die grossartigen Specialitäten.**
Um 9 Uhr:
Lysistrata
Am 1. August Wiederauftreten von Robert Steidl.
Kassenöffnung 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Gediegene Gesellschaft.
Nur keine Männer!
Burleske mit Gesang und Tanz von Geride.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Zoologischer Garten
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!
Die Nordlandreise des Kaisers und **Wanderungen durch London.**
Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11—1½ Uhr.

Max Klems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Nur noch bis zum 31. Juli:
Willy Agoston.
Berlin auf Stelzen.
's Lieferl.
Außerdem: **Theater, Konzert u. das grossartige Specialitäten-Programm.**
Dienstag, den 12. August: Benefiz für Karl Lohrmann und Waldt Jasinski: „Der Bettelstudent von Berlin".

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.

Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen, Tanz frei!**
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pfg.

Achtung! Achtung!
5. Berliner Wahlkreis.
Donnerstag, 31. Juli, abends 8½ Uhr, im Alten Schützenhause, Linienstraße Nr. 5:
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Begründung und Bedeutung der socialdemokratischen Programmforderung: **„Weltlichkeit der Schule".** Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Fritz Kunert.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwarten
217/1* **Die Vertrauensleute.**

Orts-Krankenkasse der Nadler u. Siebmacher zu Berlin.
VII. Abänderung zum Statut.
§ 12. Der durchschnittliche Tagelohn ist festgestellt:
1. Bei Mitgliedern, welche 18 M. und mehr verdienen auf 4 M., I. Kl. 2. Bei Mitgl., welche 13,50 u. weniger wie 18 M. verd. 3,50, II. Kl. 3. Mitgl., w. 10,50 u. weniger wie 13,50 verd. 2,50, III. Kl. 4. Mitgl., w. 7,50 u. weniger wie 10,50 verd. 2,00, IV. Kl. 5. Mitgl., w. weniger wie 7,50 verd. 1,50, V. Kl.
§ 20. Für den Todesfall gewährt die Kasse ein Sterbegeld im dreißigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohns nach § 12.
§ 30. Die wöchentlichen Beiträge betragen I. Klasse 57 Pf., II. Klasse 51 Pf., III. Kl. 36 Pf., IV. Kl. 30 Pf., V. Kl. 21 Pf.
Vorstehende Bestimmungen treten mit Montag, den 4. August in Kraft.
Berlin, den 17. November 1901.
11729 **Der Vorstand.**
Genehmigt durch Beschluß vom 17. Juni 1902.
Berlin, den 8. Juli 1902.
Der Bezirksausschuß. Abteilung II.
Kayser.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 27. d. Mts. verstarb im Krankenhause am Urban unser Mitglied, der Böttcher 238/14
Gustav Karlisch.
Die Beerdigung findet statt am Mittwochnachmittag um 4 Uhr vom Krankenhause am Urban nach dem Hl. Kreuz-Kirchhof in Mariendorf.
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Schweizer Garten
Am Königsthor 4202Z* **Am Friedrichshain**
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz.
Jeden Abend 10 Uhr:
Die Ballettschule.
Große Gesangsposse mit Tanz v. Anno.

Englischer Garten.
27 c. Alexanderstraße 27 c.
Jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: 4602*
Ball! **Entree und Tanz frei!**

Sommertheater
Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Neu! **Täglich:** Neu!
Großstadtleben.
Gr. Ausstattungsposse in 2 Bildern von Reichard. Musik von Schmidt.
Ia Specialitäten.
Entree **20, 30** und **50 Pf.**
Sonntags: **Ball.**
Empfehle meine Räumlichkeiten den verehrten Vereinen und Gewerkschaften bestens, billigste Bedingungen. **Richard Wagner.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Adolf Kaiser
(Tischler) am 28. Juli verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité nach dem Charité-Kirchhof in der Müllerstraße statt.
Um rege Beteiligung bittet
86/18 **Die Ortsverwaltung.**

H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung.
Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engelbecken, Gegründet 1863
empfiehlt als Specialität: 4566Z*
Magdeburger und Nordhäuser Kautabak
sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8513.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschl.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Hausdiener
Karl Krause
im 36. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit am 28. Juli verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
67/15 **Die Ortsverwaltung.**

Hasenheide 108/114. **Neue Welt.** Arnold Scholz.
Heute Mittwoch:
Grosses Ernte-Fest
verbunden mit **Gratisverlosung, Bonbonregen** und **Fackelzug.** Hauptgewinn für Knaben: **Eine silberne Herrenuhr.** Hauptgewinn für Mädchen: **Eine goldene Damenuhr. — Specialitäten-Vorstellung.** Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr. Eintritt 15 Pf. Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen. Ruff. Rutschbahn. — Morgen, Donnerstag: **Elite-Tag.** Wiederholung des Monstre-Feuerwerks: Die Beschießung von Heidelberg. 4718Z*

Achtung! Sportshaus Ziegenhals Achtung!
(am Crossin-See).
Empfehle mein Lokal, idyllisch am Crossin-See gelegen, 1500 Personen fassend, großer Saal, geräumige Hallen, Bootsverleihung, Kegelbahnen, Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art. Eigene Landungsstelle. Den Vereinen und Fabriken zu Dampfer-Ausflügen bestens empfohlen. Einige Sonnabende und Sonntage im August noch frei. Billige Dampfer zur Verfügung. — Hochachtungsvoll 4722Z*
Max Mörschel.

Ortskrankenkasse der Bildhauer, Stuccateure und verw. Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die in den Generalversammlungen am 25. Nov. v. J., 27. März und 14. Mai d. J. gefaßten Beschlüsse sind als **„dritte Abänderung"** zum Statut unter dem 17. Juni d. J. vom Bezirksausschuß genehmigt und treten **am Montag, 4. August** d. J. gemäß Artikel II dieser Abänderung in Kraft.
Abgeändert sind die §§ 10, 12, 13, 19, 26 und 29 des Statuts.
Die Mitglieder werden vom 4. August ab in vier Klassen, und zwar nach ihrem jeweiligen Arbeitsverdienst eingeteilt.
Der durchschnittliche Tagelohn hierfür ist festgesetzt auf 4 M. für die erste, 3,40 M. für die zweite, 2 M. für die dritte, 1 M. für die vierte Klasse, und beträgt danach das Krankengeld pro Tag: 2 M., 1,70 M., 1 M., 0,50 M.; das Sterbegeld 100 M., 85 M., 50 M., 25 M.; das Eintrittsgeld 1,50 M., 1,20 M., 0,80 M., 0,50 M.: die wöchentlichen Kassenbeiträge: 0,63 M., 0,54 M., 0,33 M., 0,15 M.
Die Abänderungen sind im Wortlaut (nebst Cirkular) allen Arbeitgebern heute, und werden vom Montag ab sämtlichen Mitgliedern zugestellt. 274/10
Berlin, den 29. Juli 1902.
Der Vorstand.
J. A.: Conrad Storch, Vorsitzender, Alt-Moabit 132.

Aeltérer Gesangverein
(M. d. A.-S.-B.)
wünscht Mitglieder aufzunehmen. Herren, welche gewillt sind, beizutreten, mögen sich melden bei **Feind,** Weinstr. 11. Uebungsstunde Freitags von 9—11 Uhr. 11706*

Von der Reise zurück 4725Z
Dr. med. Rothschild,
Specialarzt für Nieren-, Blasenleiden.
Lützowstr. 84a.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Mühlenstrasse Nr. 8,
an der Warschauerstr., sind vom 1. Oktober ab billige Hofwohnungen von 2 Stuben 2c. zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 4653Z*

Bitte genau auf Firma u. Haus-No. 15b achten.
Fachmännisch anzupassende und vorzüglich sitzende Augengläser findet man in jedem Material in dem **Institut für Präcisions-Optik von Ernst Riek** Inhaber: Carl Buttendorf, **BERLIN N.** Weinbergsweg 15b.

30 Mark
hochfeine **Sommerpaletots.**
30 Mark
hochelegante **Herrenanzüge.**
12 Mark hochelegante **Beinkleider.**
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz. [4538L*
14 Krausenstraße 14,
1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. **1 Tr.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 27. d. Mts. verstarb im Krankenhause am Urban unser Mitglied, der Böttcher 238/14
Gustav Karlisch.
Die Beerdigung findet statt am Mittwochnachmittag um 4 Uhr vom Krankenhause am Urban nach dem Hl. Kreuz-Kirchhof in Mariendorf.
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Adolf Kaiser
(Tischler) am 28. Juli verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité nach dem Charité-Kirchhof in der Müllerstraße statt.
Um rege Beteiligung bittet
86/18 **Die Ortsverwaltung.**

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschl.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Hausdiener
Karl Krause
im 36. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit am 28. Juli verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
67/15 **Die Ortsverwaltung.**

Am Montag, den 28. Juli, starb nach schweren Leiden unser lieber Sohn und Bruder
Max Dillan
im 20. Lebensjahr.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 5½ Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 4727Z
Dies zeigt tiefbetrübt allen Verwandten und Bekannten sowie den Mitgliedern des Turnvereins Fichte, 2. Männerabteilung, an.
A. Dillan nebst Frau u. Geschwistern.

Für die überaus zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Maurers **August Nowack,** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondre den Mitgliedern des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, sowie des Socialdemokratischen Wahlvereins zu Rixdorf, dem Gesangverein der Putzer und allen seinen Kollegen unsren herzlichsten Dank. 11845
Die trauernden Hinterbliebenen.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Tausend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Abteilg. von Hugo Schulz.
Ballettges. Catrini. Kostüm-Soubrette **Paula Grigatti.** Grotesque-Komiker **Senor u. Berad. Miss Kitty,** Sport-Akt. **Barsikow-Truppe,** Parterre-Akrobaten. **Nr. Bartling,** leb. Photographien. **Bartlings elektrische Feerie.** (3000 Glühkörper.) **Konzert.** Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Achtung! **Achtung!**
Freunde und Bekannte! Die **Extrafahrten** Mittwochs nach [4723Z*
Sportshaus Ziegenhals
finden jetzt von der **Jannowitzbrücke** („Schultheiß-Garten") nachmittags 2¼ Uhr statt. Anlaß dazu gab die Firma Kant u. Hertzer, welche es vorzieht, Extrafahrten nach dem gesperrten Lokal von **Rutkowski** (Rauchfangwerder) zu veranstalten.
Hochachtungsvoll
Max Mörschel.

Bierlieferung
für Arbeiter-Kantinen, Bauplätze usw. zu übernehmen gesucht. — Werte Adressen an **Rudolf Mosse, Jerusalemerstrasse** unter J. S. 7047.

Steglitz. Birkenwäldchen. Steglitz.
Inhaber **E. Felsch.**
Mittwoch, 30. Juli: Großes Kinder-, Freuden-, und Familienfest.
Gratis-Verlosung!
1. Hauptgewinn: **1 silberne Remontoir-Uhr** oder **1 grosse Puppe.**
Voranzeige! Sonntag, den 3. August: **Grosser griechisch-römischer Ringkampf** des Berliner Preisringers Herrn **Georg Dittmann.** Derselbe fordert sämtliche Ringer von Steglitz und Umgegend auf, sich mit ihm zu messen. Herr Dittmann setzt 100 M. als Preis für denjenigen, der ihn wirft. Anmeldungen im Birkenwäldchen. Ferner Auftreten der preisgekrönten Parterre-Akrobaten Gebr. **Voss.** Sensationelle Attraktion. Außerdem ab 4 Uhr nachmittags: **Konzert** der Großherzoglich-mecklenburgischen Kapelle, sowie **Monstre-Feuerwerk.** 4724Z

Ortskrankenkasse der Bildhauer, Stuccateure und verw. Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die in den Generalversammlungen am 25. Nov. v. J., 27. März und 14. Mai d. J. gefaßten Beschlüsse sind als **„dritte Abänderung"** zum Statut unter dem 17. Juni d. J. vom Bezirksausschuß genehmigt und treten **am Montag, 4. August** d. J. gemäß Artikel II dieser Abänderung in Kraft.
Abgeändert sind die §§ 10, 12, 13, 19, 26 und 29 des Statuts.
Die Mitglieder werden vom 4. August ab in vier Klassen, und zwar nach ihrem jeweiligen Arbeitsverdienst eingeteilt.
Der durchschnittliche Tagelohn hierfür ist festgesetzt auf 4 M. für die erste, 3,40 M. für die zweite, 2 M. für die dritte, 1 M. für die vierte Klasse, und beträgt danach das Krankengeld pro Tag: 2 M., 1,70 M., 1 M., 0,50 M.; das Sterbegeld 100 M., 85 M., 50 M., 25 M.; das Eintrittsgeld 1,50 M., 1,20 M., 0,80 M., 0,50 M.: die wöchentlichen Kassenbeiträge: 0,63 M., 0,54 M., 0,33 M., 0,15 M.
Die Abänderungen sind im Wortlaut (nebst Cirkular) allen Arbeitgebern heute, und werden vom Montag ab sämtlichen Mitgliedern zugestellt. 274/10
Berlin, den 29. Juli 1902.
Der Vorstand.
J. A.: Conrad Storch, Vorsitzender, Alt-Moabit 132.

Achtung! Holzarbeiter!
Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Maschinenarbeiter und Polirer:
A. Schulz, Krautstr. 18/19.
Emmelüth, Dieffenbachstr. 33.
Kimbel u. Friedrichsen, Portstr. 43.
Kimbel u. Friedrichsen, Portstr. 59.
Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Bethanien-Ufer 6.
83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Glasschleifer!
In der Werkstelle von **Arlt,** Dresdenerstr. 35, sind Differenzen ausgebrochen und ist deshalb die Firma streng zu meiden. Die Arbeitsvermittelung geschieht nur durch den Arbeitsnachweis. 1106b
Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft sofort billig verkäuflich, voller Schank, wegen Verzug nach außerhalb. Ramlerstraße 33.

Waldparzellen, an Wiese und Wasser, verkauft Besitzer Pflaumbaum, Hermsdorf, Lindenstraße 15. 8195*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20 I. 1157/6

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger Allee Nr. 37, I. 1201K*

Schleunigst verkauft Damen-Muschelschrank 25,00, Muschelvertiko 25,00, Muschelbetten, kompletts 34,00, Trumeau 33,00, Ausziehtisch 15,00, Salontisch 10,00, Rohrlehnstühle 4,00, Zimmerstühle 2,50, Kücheumöbel, Betten, Stores, Gardinen 2,50, Schlogregulator 15,00, Plüschgarnitur 60,00, alles wie neu. Gekauftes kann bis Oktober stehen. Schönhauser Allee 101, im Restaurant. Lokal übernehmbar. 10345*

Stühle billig. Stuhllager Kottbuserstraße 4. 1043b*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen. spottbillig. Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 30/8*

Papageien, sprechende, 30 bis 100 Mark, Harzer Kanarienroller, Grundmann, Kö[illegible]damenstraße 52.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, räumungshalber spottbillig. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. *

Laubenbau! Gebrauchte neue Bretter, Kantholz, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Theer billig Kottbuserdamm 22. 24595*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder Saisonschlusses wegen spottbillig Pfandleihhaus Seydelstraße zwanzig. 11766*

Nähmaschinen, 15,00 an, Pfandleihhaus Seydelstraße zwanzig. [11685

Singermaschine, 6,00, Neanderstraße 7. 30/20

Kundentischlerei mit zwei Hobelbänken billig zu verkaufen Schönebergerstraße 20. †123*

Wasch- und Plättanstalt krankheitshalber zu verkaufen 16a Landsbergerstraße 16a. 31/1

Destillation wegen Verzuges nach außerhalb verkauft sofort Mückenstraße 70. 11825

Grünkramgeschäft, gutgehendes, großer Kohlenumsatz, wegen Familienverhältnisse sofort verkäuflich. Näheres Stinemann, Mattenstraße 7. †35

Oleanderbaum, blühend, passend für Vorgarten, Balkon, billig zu verkaufen. Rixdorf, Warthestraße 67, Recht. 11795

Vermischte Anzeigen.

Die von mir der Frau Kalinowski am 16. d. M. zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück. Frau Koch, Borsigwalde. 11805

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratenteilung.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzer, Steglitzerstraße 65. 8986*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 12078*

Metallbruch aller Art kauft Boderick, Oppelnerstraße 10. †1*

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrradgesuch, Ratlaff, Schönhauser Allee 163 a. 119/8*

Rummelsburg. Empfehle bei Bedarf allen Genossen freundlichst mein von Frau Forgbert übernommenes Cigarrengeschäft, Prinz Albertstraße 6a, Bahnhof Kietz-Rummelsburg. Otto John, früher in Ober-Schöneweide. 11515

Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23, eine ganze Reihe von Sonnabenden sind noch zu Festlichkeiten an Vereine 2c. zu vergeben. 1218K*

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 1202K*

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 1188K*

Vereinszimmer, großes, kleines mit Klavier sind zu vergeben Bredowstraße 11. 1165b*

Ehescheidungs-, Unfallsachen! Ratenteilung Lindenstraße 36. 1176b

75 Pfennige! Eingabengesuche, Schankſachen, Strafsachen, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Unfallsachen, Zahlungsbefehle, Ratenteilung. Wulkow, Skalitzerstraße 141. Abends geöffnet. 1177b

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratenteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 1181b

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, separat, für Herrn, 9 Mark, vermietet Winter, Prinzenstraße 107, vorn IV. 11435*

Möbliertes Zimmer, separat, zwei Herren, Kommandantenstraße 51, vorn IV links. 10429*

Möbliertes Zimmer für zwei Herren. Sophienstraße 11, II. Blenke.

Möbliertes Vorderzimmer oder bessere Schlafstelle an Herren. Witwe Wießner, Reichenbergerstraße 56, II.

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstraße 54, Hof III, Witwe Rosenthal.

Möblierte Schlafstelle für zwei anständige Herren Böckstraße 15, Aufgang I, Fr. Hinz. 10528*

Freundliche Schlafstelle für Genossen Nähe Kottbuserbrücke, Plan-Ufer 96, vorn III, Bauschke. 11599

Freundliche Schlafstelle vermietet Frau Igler, Wendenstraße 2, vorn III, Görlitzer Bahnhof. 10815

Möbliert, auch Schlafstelle, vermietet Gräbert, Pallisadenstraße 57, parterre. †36

Möblierte Schlafstelle. Glucke, Schmidstraße 10, sofort. 1169b

Schlafstelle. Herrn, separat, Ritterstraße 124, Hof I links, Kröhel. 1183b

Freundliche Schlafstelle, besseren Herrn. Witwe Krüger, Frankfurter Allee 51, Hof IV. †36

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren. Naunynstraße 78, Hof III, Witwe Lucke. †4

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um leichte Beschäftigung. Setzer, Oranienstraße 200 bei Priebusch. *

Buchdrucker-Invalide, 35, schriftgewandt, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Walter, Fischerbrücke 12.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. **Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.** *

Stellenangebote.

Farbigmacher verlangt Kretschmann, Rixdorf, Jägerstraße 66. [11715

Einballierer auf Goldleisten gesucht. Berg, Chausseestraße 82. 11766

20 Golfcapes-Arbeiterinnen verlangt Fürstenwalderstraße 11b. †35

Mamsells auf Capes im Hause verlangt Bock, Kastanien-Allee 50/51, 4 Treppen. 11755*

Mamsells auf Steppcapes im Hause verlangt Bock, Kastanien-Allee 50/51, IV. 10225*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Werkführer
für süddeutsche Baubeschlagfabrik gesucht.
Eine süddeutsche Baubeschlägefabrik mit ca. 40—50 Arbeitern sucht einen in der Herstellung von eisernen Thür- und Fensterbändern, Garnieren, Riegeln 2c. durchaus bewanderten, tüchtigen Werkführer. Verlangt werden umfassende Kenntnisse in allen Preß-, Stanz- und Bauschlosserarbeiten, im Werkzeugbau, ferner energisches Auftreten, die nötige Umsicht und Pünktlichkeit. Nur solche Bewerber wollen sich melden, die eine langjährige Erfahrung und Thätigkeit in einschlägigen Fabriken besitzen, gute Zeugnisse aufweisen können und auf Lebensstellung reflektieren. Bei zufriedenstellender Leistung gutes Gehalt. Gefl. Offerten mit Angabe der Thätigkeit und Zeugnisabschriften zu richten unter Chiffre **S. A. 2737** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** 30/19*

20—25 Zimmergesellen
bei 65—70 Pf. Lohn pro Stunde sofort verlangt. 4717Z*
O. Rückert,
Nieder-Schönhausen,
Lindenstr. 6/7.

Die Hausmädchen-Schule,
Berlin, Wilhelmstr. 10,
hat noch mehrere halbe Freistellen von Herrschaften gestiftet, zu vergeben. 140/7
Nach beendigtem Kursus freier Stellennachweis als **Kinderfräulein, Jungfer oder besseres Hausmädchen.** Eintritt zum 1. August. Prospekt mit Lehrplan gratis.
Die Vorsteherin Frau Erna Grauenhorst, Wilhelmstr. 10.

Abonnementsbuchhalter
und Bücherrevisor hat noch einige halbe Tage in der Woche frei, die im ganzen oder einzeln, auf Wunsch im Abonnement, zu vergeben sind.
Vorteilhaft für Geschäftsinhaber, die wegen Mangels an Zeit ihre Bücher selbst nicht führen können, sich aber auch einen ständigen, **teuren** Buchhalter nicht halten wollen. 4721Z*
Feinste Berliner Referenzen, strengste Diskretion, Honorare mäßig.
Emil Cohn, Schwartzkopffstr. 1, I.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.